

## Kriegsverbrechen

Zivile Tribunale über die ungesühnten  
US-Kriegsverbrechen finden weltweit  
statt: zu Afghanistan in Tokio, zum Irak  
S.2+ S.12+13

## Demonstration

Der 20.3. in Ramstein wird kritisch  
diskutiert S.3

## Atomwaffensperrvertrag

Kein Konsens für die Überprüfungs-  
konferenz, Berichte und Kommentare  
von der Reisen nach New York zur UNO  
S. 4-7

## Weltraumwaffen

Jahrestagung des Global Network  
Against Weapons and Nuclear Power  
in Space S. 8-9

## Uranwaffen

Das Zweite Nuklearzeitalter S. 10

## Prozesse

GAAA-Aktivistinnen vor Gericht S. 14

## Ausstellung

Spannung bei der Eröffnung im Haus  
der Geschichte S. 15

## Termine

S. 16

Bausteine für die Aktion Völkerrecht,  
Foto: wsh

## „Some Change in Some State“

### Hoffnungen auf einen neuen US-Präsidenten

Diplomatie hat eigene Gesprächsregeln. „Some state rejects to speak about it,“ erklärt ein Delegierter. Er gibt den Nichtregierungsorganisationen damit zu verstehen: „Die USA blockieren einen Konsens über die Tagesordnung der Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages.“ Er hofft, dass dies im nächsten Jahr anders wird, weil im November „politische Veränderungen eintreten könnten“. „Some political change may occur“, sagt er. Entschlüsselt heißt das, er hofft auf die Abwahl des US-Präsidenten George W. Bush.

In diesem Gespräch auf den Gängen der UNO wird deutlich, wie dort mit zweierlei Maß gemessen wird. Während sich die USA nicht scheuen, „Schurkenstaaten“ zu benennen und namentlich des Verstoßes des Atomwaffensperrvertrages zu bezichtigen, wird Kritik an den USA meist diplomatisch verklausuliert.

Eigentlich ist es eine klare Sache: bei einer Überprüfungskonferenz wird die Umsetzung von Beschlüssen kontrolliert. Doch genau das lehnten die US-Diplomaten ab. Die 13 Punkte, die im Jahre 2000 von allen Vertragsstaaten einstimmig beschlossen worden waren, sollen nicht in die Tagesordnung. Diskussionen über nicht eingelöste Zusagen zur nuklearen Abrüstung, die Weigerung, den vollständigen Atomteststoppvertrag zu ratifizieren und über die Kündigung des ABM-Vertrages sollen so vermieden werden.

### Kein Konsens erreicht

Ein anderer Diplomat war nicht unglücklich darüber, dass kein Konsens gefunden wurde. In diesem Jahr müsste man sonst Verhandlungspunkte aus der Tagesordnung ausklammern, die nächstes Jahr - nach den US-Wahlen - vielleicht aufgenommen werden können.

Ist diese Hoffnung berechtigt? Der US Friedensgruppe Peace Action hat Präsidentschaftskandidat Kerry auf die Frage: „Sind Sie gegen die Entwicklung und Finanzierung neuer Atomwaffen?“ mit „Ja“ geantwortet. Er spricht sich gegen die „Wiederaufnahme von explosiven Atomtests“ aus, sagt „Ja“ zur Reduzierung und Sicherung der vorhandenen Atomwaffenarsenale. Aber er redet nur über die Atomwaffen der anderen, die eigenen klammert er aus.

### Keine Kehrtwende in Sicht

Kerry ist moderater als Bush. Wesentliche Änderungen der US-Militärpolitik sind aber leider nicht zu erwarten.

Das zeigt das Grundsatzpapier der Demokraten zur Sicherheitspolitik. Auch hier kein Wort über nukleare Abrüstung. Die konventionellen Kriegsführungsmöglichkeiten sollen ausgebaut werden, damit der US-Präsident nicht in eine Lage komme, als einzige Möglichkeit den Einsatz von Atomwaffen zu haben. Internationalen Verhandlungen und Verträgen wird ein höherer Stellenwert eingeräumt, aber ein Präventivschlag nicht ausgeschlossen. An dem von Bush erhöhten Militärbudget wird festgehalten. Es soll nur nicht weiter wachsen.

Wenn Kerry sich dieser Tage sorgt, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen fallen, gilt es klar zu machen, dass die beste Möglichkeit, dies zu verhindern die Abschaffung aller Atomwaffen über eine Nuklearwaffenkonvention ist. Dann kann auch auf die Raketenabwehr verzichtet werden, mit deren Stationierung Bush noch vor der Wahl in Alaska beginnen will und die Kerry ebenfalls befürwortet.

„Some change in some state“ heißt nicht automatisch Abrüstung. Dafür müssen die Nichtregierungsorganisationen kämpfen. US-amerikanische NGO-Vertreter forderten dazu auf, „schurkenhaftes“ Verhaltensweisen der USA zu kritisieren, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen.

wsh ●



Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen

Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen,

ein Schwerpunkt dieses FreiRaums sind unsere bei der UNO in New York gemachten Erfahrungen. Aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten wir die NPT PrepCom und die Begleitveranstaltungen der NGOs.

Wir danken allen Spendern, die es der GAAA und der Pressehütte ermöglicht haben, ihre Delegierten nach New York zu schicken. Die Berichte werden Ihnen zeigen, dass sich Ihre Investition gelohnt hat. Wir haben uns erfolgreich eingemischt.

Jedoch, die Nachrichten aus der NPT PrepCom, mit denen wir zurück kommen, sind leider nicht ermutigend. Die USA widersetzen sich der Abrüstung, und ein wirkliches Aufbegehren der anderen Staaten findet nicht statt. Wir müssen unsere Stimmen lauter erheben. Der FreiRaum soll Ihnen hierzu die nötigen Informationen geben.

Doch was ist wichtig? Darüber debattieren wir in unseren Redaktionstelefonkonferenzen immer wieder. Rückmeldungen unserer Leser könnten uns wichtige Entscheidungshilfen geben auf die Fragen: Was wollen Sie lesen? Was brauchen Sie für Ihr Engagement für eine friedlichere Welt ohne Atomwaffen? Wir möchten Sie daher ermuntern: schreiben Sie uns, wie Ihnen der FreiRaum gefällt, was Sie vermissen oder was aus Ihrer Sicht wegbleiben könnte.

Wir werden Ihre Meinung in unsere Diskussionen einbeziehen.

Mit friedlichen Grüßen

Roland Blach,  
Marion Küpker,  
Wolfgang Schlupp-Hauck

Zur besseren Lesbarkeit fügen wir hier ein Glossar der verwendeten Abkürzungen in diesem FreiRaum an:

**DU** - Depleted Uranium - angereichertes Uran

**IGH** - Internationaler Gerichtshof

**NPT** - Non Proliferation Treaty, Atomwaffensperrvertrag, Nichtverbreitungsvertrag

**NGO** - Non Governmental Organization, Nichtregierungsorganisation

**PrepCom** - Preparatory Committee,



Samir Amin

Nawal El Saadawi

## Zivile Kriegsverbrechertribunale

**Existierende internationale Institutionen versagen vor der atomaren Großmacht USA und ihrer Verbündeten. Die internationale Friedensbewegung setzt sich mit „Zivilen Tribunalen“ zur Wehr und sieht es als ihre moralische Verpflichtung an, die Kriegsverbrechen im Irak genau zu dokumentieren. In über 16 Weltstädten, darunter: Brüssel, New York, Kopenhagen, Istanbul, Paris, Rom, Mumbai, Tunis, Tokio, Osaka, Hiroshima, München, Berlin, Genf, London, Lissabon ... führen Tribunale und viele zusätzliche Anhörungen, innerhalb eines Jahres (bis zum 20. März 2005) statt. Die Tribunale sind zudem untereinander thematisch koordiniert, damit jeder Aspekt des Krieges und seiner Auswirkungen beleuchtet werden kann.**

### Das Brüssel Tribunal

Die Auftaktveranstaltung fand in Brüssel vom 15.-17. April mit einer achtköpfigen Jury aus Prominenten statt (siehe Bild). Die Organisatoren schreiben hierzu: „Das Brüsseler Tribunal ist eine Untersuchungskommission von Akademikern, Intellektuellen und Künstlern, die sich in der Tradition des Russel Tribunals befindet, welches 1967 die Kriegsverbrechen während des Vietnamkrieges untersuchte. Es wird geleitet von Prof. Francois Houtart, der einer der Gründungsväter des Weltsozialforums von Porto Allegre ist. Es richtet sich gegen den Krieg im Irak und die imperialistische Kriegspolitik der Bush II Administration. Das Hauptaugenmerk ist das „Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert — PNAC“.“

Für mich war das Spannendste am Brüsseler Tribunal die lebhafteste und amüsanteste Diskussion zwischen den Zeugen, den Anwälten, den Verteidigern, sowie den Geschworenen zu verfolgen. Der spielerische Charakter im Rahmen dieser Gerichtsinszenierung, in der jegliche Schlupflöcher dicht gemacht werden sollten, eröffnete eine Diskussionskultur, die in der Bewegung eher verbissen einher kommt. Diese Tribunale geben die Möglichkeit, stellvertretend

für Atomwaffen die Friedensbewegung genau zu untersuchen, welche der vielen Theorien als inszenierte Verschwörungstheorien entwickelt wurden und welche der Realität entsprechen. Prominente Geschworene geben diesen Urteilen ihre Glaubwürdigkeit. Am 8. Mai fand bereits das Tribunal in New York statt, das sich u. a. mit der Unterwanderung der UN durch die USA auseinandersetzte. Hierin spielt z.B. auch der Nichtverbreitungsvertrag - (NPT) eine Rolle, der von den USA als einer der Kriegsgründe missbraucht wurde. Das Tribunal in Hiroshima, sowie weitere Tribunale werden sich gezielt mit dem Einsatz der DU- (depleted uranium) Waffen im Irak auseinandersetzen. Auf der Webseite: [www.worldtribunal.org](http://www.worldtribunal.org) findet ihr alle weiteren Informationen.

### Tribunale in der BRD

In Berlin fand am 19. Juni eine Anhörung zur Vorbereitung eines Internationalen Tribunals der Völker (ITI) statt ([www.iraktribunal.de](http://www.iraktribunal.de)). Am 12. + 13. Dezember 2003 gab es in München vom Bündnis München gegen den Krieg eine Anhörung.

### Weitere Tribunale und Untersuchungen

Über das Urteil des Tribunals zum Krieg gegen Afghanistan, welches im Nov. 2003 in Tokio stattfand und aus Richtern verschiedener Länder zusammengesetzt war, könnt ihr auf S. 12 +13 lesen. Zudem fand gerade eine sehr interessante internationale zivile Untersuchung über die Anschläge des 11. September vom 25.-30. Mai an der Universität von Toronto statt. Laut Umfrage glauben in Kanada 63 % der Bevölkerung, dass die US Regierung von dem geplanten Anschlag wusste und nichts dagegen unternahm. Organisiert wurde diese Untersuchungskommission u. a. von betroffenen Familienangehörigen. Informationen hierzu findet ihr unter: [www.911inquiry.org](http://www.911inquiry.org)

# „Stillhalten ist tödlich“:

## Größte Protestaktion in Ramstein fand nicht nur Zustimmung

**Am 20. März, ein Jahr nach dem Beginn des Irak-Kriegs sind weltweit Hunderttausende Menschen für den Frieden und gegen ein Ende der Besatzung des Irak auf die Straße gegangen. An der zentralen Protestaktion in Deutschland haben ca. 2.000 Menschen an der US-Airbase Ramstein teilgenommen. Es war eine der größten Aktionen in Europa gegen Atomwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges. Neben den Internationalen Ärzten für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) hatten auch die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA) und die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen dazu aufgerufen.**

Im zeitweise strömendem Regen wandten sich die Redner gegen die Lagerung von Atomwaffen in Deutschland sowie die zunehmende Gefahr eines Atomkrieges durch die Entwicklung neuer Atomwaffen und die neue US-Atomwaffenpolitik, die vorsieht, diese Massenvernichtungswaffen bereits präemptiv einsetzen zu wollen. Nach dem Motto der Veranstaltung waren sich alle Teilnehmer darin einig, dass ein „Stillhalten“ angesichts dieser Gefahr „tödlich“ wäre.

Die Airbase in Ramstein ist nicht nur eine logistische Drehscheibe für Soldaten- und Ausrüstungstransporte in den Irak sowie für weltweite US-Militäreinsätze. Dort sind mindestens 54 der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen gelagert.

Die Aktion in Ramstein war Auftakt der Kampagne „Auf keinem Auge blind. Atomwaffenfrei bis 2020 ([www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de))“ des deutschen Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“. Bis zum Frühjahr 2005 soll die Öffentlichkeit zu unterschiedlichen Aktivitäten für ein Ende der atomaren Bedrohung gewonnen werden. Sowohl die GAAA als auch die Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen arbeiten in dieser Kampagne aktiv mit.

Es gab allerdings auch zurecht Kritik an dieser Protestaktion. In einem offenen Brief wandte sich das Bündnis gegen Krieg, Trier an die Trägerorganisationen, um einen Diskussionsprozess anzuregen und um „für die Zukunft in der Friedensbewegung Partizipation und Transparenz bei Entscheidungen und Inhalten“ einzufordern. Das Trierer Bündnis hatte nach einer Anfrage durch die Friedenskooperative Ende 2003 auf eine eigene Demonstration im 30 km entfernten Spangdahlem verzichtet und sich statt dessen für Ramstein engagiert, um dort ein stärkeres und gemeinsames Zeichen gegen

Krieg zu setzen.

So sei es falsch gewesen „am Jahrestag des Irakkrieges eine Demonstration mit dem Schwerpunkt Atomwaffen zu veranstalten“. Sowohl im zentralen Flugblatt als auch bei den Redebeiträgen seien die „geforderten Themen“ nicht aufgetaucht: „Funktion und Auswirkungen des Airbase-Ausbaus, Kritik an den verteidigungspolitischen Richtlinien und der EU-Militarisierung sowie Kritik an der Irakbesatzung. Ein dünn gedruckter Satz: „Kein Ausbau des Kriegsflughafens Ramstein“ war das einzige Zugeständnis. Um vor Ort mobilisieren zu können, wurde daher ein eigener Regionalaufruf notwendig, der von 34 Regionalgruppen unterzeichnet wurde.“

Die Auswahl, Franz Alt und Oskar Lafontaine auf die Redeliste zu setzen, erntete harsche Kritik. Es sei unfair, Leute kurzfristig auf die Rednerliste zu setzen, die in Teilen der Friedensbewegung „derart umstritten sind“. Es dürfe nicht sein, dass bei einer Friedenskundgebung Franz Alt spreche, der „bekanntlich der „Jungen Freiheit“ und der „Nationalzeitung“ Interviews gegeben“ habe. Oscar Lafontaine wurde dafür kritisiert, er habe „einseitig gegen die US-Regierung“ argumentiert. Das Ziel „durch prominente Redner mehr Leute zu gewinnen“ sei nicht erreicht worden.

Trotz der Kritik sieht das Trierer Bündnis „es als richtig an, nach Ramstein gegangen zu sein, um den Personen und Gruppen, die vor allem die USA und deren Atomwaffen anprangern, nicht das Feld zu überlassen, sondern um Diskussionen anzuregen und Bündnisse und Widerstand vor Ort zu stärken.“ **rob ●**

Foto: Arbeiterfotografie



## Atomwaffen säen Massenmord.

Wir wollen Leben für alle!  
Büchel, 5. September

Alle bisherigen Bundesregierungen wollten sie behalten: Die amerikanischen Atomwaffen für deutsche Soldaten.

In Büchel - in der Südeifel - proben deutsche Piloten diese furchtbaren Bomben mit ihren Düsenjägern abzuwerfen. Warum? Wozu? Auf wen? Alle denkbaren Antworten entlarven nur eines: Abgrundtiefe Unmenschlichkeit. Seit dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag von 1996 wissen wir es höchststrichterlich:

Was dort geschieht, bricht Völkerrecht. Diese Atomwaffen gehören vernichtet. Aber die deutsche Regierung will sie behalten. Oder muss sie?

Wir wollen ihr ein wenig nachhelfen und zeigen, wohin der Weg geht:

Wir umrunden das Lager Büchel und zeigen damit an: Hier wird einmal ein Friedensgelände statt einem Massenmordacker sein, von dort darf keine Bedrohung der Menschheit ausgehen.

Treffpunkt: Vor dem Eingang zum Hauptlager Büchel am Sonntag, den 5. September 2004 um 10.00 Uhr.

10.00 Uhr: Ökumenische Morgenandacht: Wir feiern das Leben und verehren nicht den Tod

10.30 Uhr: Auftaktveranstaltung  
Danach umrunden wir das Lager und informieren, diskutieren, singen und beten und spielen mit den Kindern an verschiedenen Stationen - von Station zu Station, alle zusammen:

Kommt mit - helft der Regierung am helllichten Tag heimzuleuchten: Bringt Taschenlampen, Lampions und alle Arten von Laternen mit: Wir suchen Menschen - Politiker und Nicht-Politiker, Bürger und Soldaten - die uns helfen, dass die Atomwaffen verschwinden:

Atomwaffen säen Massenmord. Wir wollen Leben für alle - auch für alle Soldaten! Atomwaffen gehören abgeschafft.

Dieser Text wurde von Pfarrer Dr. Matthias Engelke (Lobberich) am 23. Mai verfasst. Der Initiativkreis gegen Atomwaffen hat sich in der Sitzung am 6. Juni darauf verständigt, den Ablauf so weiter vorzubereiten. Weitere Informationen sind zu erfragen bei: Dr. Elke Koller, [dr.elke.koller@t-online.de](mailto:dr.elke.koller@t-online.de), 02653-3220

Für den 8. Juni wurde von Hermann Theisen aus Heidelberg eine Aktion am Fliegerhorst Büchel vorbereitet, bei der ein Aufruf zur Befehlsverweigerung an die Bundeswehresoldaten des Jagdbombergeschwaders 33 verbreitet werden sollte. Den Bericht dazu gibt's im nächsten FreiRaum. **rob ●**

# Anti-Atomwaffen Organisationen in New York

**Seit 34 Jahren gibt es den internationalen Nichtverbreitungsvertrag zu Atomwaffen (NPT- Non Proliferation Treaty), über den zwei Wochen lang bei der UN in New York verhandelt wurde. Nichtregierungsorganisationen (NGO's) aus der ganzen Welt, die sich in „Abolition 2000“ vereinten, trafen sich, um positiv auf die UN-Mitgliedsländer einzuwirken und gemeinsame Workshops und Strategietreffen abzuhalten.**

Abolition 2000 ist ein Netzwerk von ca. 2000 Organisationen, das die Aktionen dieser Gruppen untereinander verbreitet. Es waren ca. 70 Personen verschiedenster Organisationen vertreten. Zum neunten Mal waren NGO's bei den NPT Verhandlungen anwesend, auch wenn im Gegensatz zu anderen UN-Treffen diese Verhandlungen für uns überwiegend hinter geschlossenen Türen stattfanden. Allerdings hatten NGO's die Gelegenheit, zwei Stunden lang den UN Mitgliedsstaaten ihre eigenen Positionen vorzustellen. Es konnte zudem am Saalausgang gewartet werden, um die UN Mitglieder, die z.B. in die Mittagspause gingen, auf dem Gang abzufangen. Eine Prozedur, die nicht jedem liegt.

Für die Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen war ich, Marion Küpker, das erste Mal bei dem UN-Treffen anwesend und meine Einschätzung ist nur ein Auszug und deckt sich sicher nur zum Teil mit der von anderen. Ich möchte mit diesem Beitrag wieder vermehrt zur Diskussion innerhalb des FreiRaums anregen und betone, dass ich es wichtig finde, die unterschiedlichen Ansätze in der Bewegung nebeneinander zu respektieren und anzuerkennen.

Meine ersten Begegnungen hatte ich mit Friedensgruppen und Organisationen bei denen ich u. a. in New York untergebracht war: Catholic Workers, War Resister League... Meine Anwesenheit bei der UN wurde hinterfragt, da es innerhalb der US-Friedensbewegung viele Organisationen gibt, die dem NPT Vertrag negativ gegenüberstehen und diesen schon lange als gescheitert ansehen. Kritisiert wurde, dass die US-Regierung diesen Vertrag benutzt, um Kriege zu führen; Massenvernichtungswaffen (ob vorhanden oder nicht) als Kriegsgrund verwenden, während die eigenen tatsächlich und in großer Anzahl vorhandene Massenvernichtungswaffen und die der befreundeten Regierungen, wie z.B. in Israel, außen vorgelassen werden. Die UN wird nicht als Institution angesehen, die die Macht hätte, die USA in irgendeiner Weise in die richtige Richtung zu bewegen. Einzelne Reformbemühungen der Vergangenheit wurden durch den von Kofi Anan eingeleiteten Prozess, der die multinationalen Konzerne in die UN

holte, um so durch Transparenz und Dialog auf einen gemeinsamen freiwilligen Konsens hinzuarbeiten, gänzlich zerstört.

Für mich wurde diese Auffassung innerhalb der UN nur bestätigt. Die UN-Mitgliedstaaten sahen die größte Gefahr im Terrorismus von außen und die US-Delegierten zeigten ihre Arroganz, indem sie mit einem großen Aufgebot nur für ihre Rede erschienen, um den Iran als die heutige Gefahr anzuprangern und daraufhin den Versammlungsort wieder zu verlassen.

## GESUCHT

George W. Bush



**Wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Planeten**

Vorsicht, wenn Sie diesen Mann treffen. Er leidet unter dem Wahn der demokratisch gewählte Präsident der USA zu sein. Kommen Sie ihm nicht zu nahe, er ist nuklear bewaffnet und gefährlich. Handeln Sie verantwortungsbewusst und kontaktieren Sie die nächstliegende Polizeiwache.

<http://www.mothersearth.org/bushwanted>

## Wie wurde dieses Herangehen von den NGO's diskutiert?

Während einige immer wieder beschwörend von sich gaben, dass der NPT das Einzige ist, was wir haben und wir zumindest heute weniger Atomwaffenstaaten durch diesen Vertrag hätten, wird dies von anderen nicht geteilt. Der Artikel IV ermöglichte der IAEA (intern. Atomaufsichtsbehörde) jedem Land, welches dem NPT beiträt, die Unterstützung für den Aufbau eines eigenen Atomenergieprogramms und unterwanderte den Vertrag damit von Beginn an. Heute haben alle diese Länder durch ihr „ziviles“ Atomprogramm genug Material zum Bau eigener Atombomben. Es ist erwiesen, dass Wissenschaftler ihr Wissen hierüber weitergegeben haben, wodurch die Möglichkeit besteht, dass durch diese großzügige gezielte Verbreitung der Atomtechnologie heute mehr Länder Atombomben bauen können oder z. T. sogar besitzen, als dies ohne den Vertrag je geschehen wäre. Die Forderung nach Streichung des Artikel IV durch einige NGO's erscheint logisch,

wird allerdings von anderen NGO's abgelehnt. Das Problem heißt: „wenn wir eine Änderung des Vertrages wollen, geben wir damit der US-Regierung die Möglichkeit ihrerseits Vertragsänderungen durchzuführen zu können“. „Ausführung des existierenden Vertrages“ heißt die Devise, die wir auf unserem ersten Treffen immer wieder vorgesetzt bekamen. Eigentlich sollte dies Treffen zur Diskussion und zum Austausch dienen, allerdings wurde 90 Prozent der Zeit bereits mit Rednern vorweg bestimmt, die sich darin wiederholten. „Es muss Druck auf die US-Regierung ausgeübt werden und wir müssen uns darin einig sein!“ Wie dieser Druck aussehen soll, darüber gab es weder Inhaltliches, noch wurde Platz für Debatten geschaffen. Meiner Meinung nach geschah dieses, um die anderen Ansätze nicht ins Gewicht fallen zu lassen. Die gesamten zwei Wochen waren gezeichnet von Vorträgen ohne Zeit für gemeinsame Debatten, bis auf Einzelgespräche in den Pausen. Auch nicht auf dem dafür angekündigten Jahrestreffen von Abolition 2000, wofür dann die schlechte Gesprächsleitung verantwortlich gemacht wurde (dieses hätte nach neun Jahren Erfahrung nicht passieren dürfen). Eine indigene Frau, Hilda Lini von den Fiji Inseln, brachte es auf den Punkt als sie sagte: „ich wurde stellvertretend für viele pazifische Nationen hierher geschickt, um Strategiedebatten zu führen, da die Menschen dort heute an den Folgen der damaligen Atomtests sterben. Unsere Hausarbeit können wir auch zu Hause machen, wir wissen letztendlich sowieso alle genug und sollten endlich anfangen miteinander zu diskutieren“. Sollte dies das nächste Jahr wieder nicht der Fall sein, würde sie nicht wieder kommen.

So wurde z.B. auf diesem Orientierungstreffen von vielen in der Vorstellungsrunde benannt (besonders aus der Delegation der Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki), dass sie das Thema DU – depleted uranium diskutiert und integriert haben wollen. Dies kam von Menschen, die betonten, dass sie dem DU- Thema in der Vergangenheit eher abgeneigt und vorsichtig gegenüber standen, aber bei dem heutigen bekannten Ausmaß der Folgen es sehr wichtig finden. Wieder kam das Argument „Beibehaltung und Durchführung des bestehenden Vertrages“: es sei zwar wichtig, dass wir in persönlichen Gesprächen mit UN-Mitgliedern dieses Thema einbringen, wir sollten aber auf jeden Fall von radiologischen Waffen reden, wenn es um DU geht, da laut dem bestehenden NPT Vertrag Atomwaffen erst Atomwaffen sind, wenn es um spaltbares Uran geht, d.h. durch eine atomare Kettenreaktion der radioaktive Zerfallsprozess beschleunigt wird. Eine Diskussion darüber

gab es allerdings nicht. Ich persönlich denke, wir haben es bei DU mit Atommüll und nicht mit radiologischem Müll zu tun und wenn die Definition für Atomwaffen nur auf spaltbares atomares Material bezogen werden soll, sollte dies dort auch so benannt werden z.B. „fission nuclear weapons“.

Das Problem ist, dass an dem bestehenden Vertrag hinten und vorne nichts mehr stimmt: so wird z.B. selbstkritisch benannt, dass es ein Fehler der Vergangenheit war, biologische und chemische Waffen zu einem späteren Zeitpunkt mit in die Definition der Massenvernichtungswaffen mit aufgenommen zu haben, obwohl diese Waffen trotz ihrer Grausamkeit eher regional begrenzt sind, während bei einem Atomkrieg der Großmächte das Ende unserer geliebten Erde in wenigen Stunden vollbracht werden könnte. Auf der anderen Seite muss gesehen werden, dass durch den Einsatz von großen Mengen radioaktiver Waffen mit einer extrem langen Halbwertszeit und der radioaktiven Freisetzung vielleicht schon das Ende unserer Zukunft bestimmt wurde.

Viele der NGO's sehen keine Möglichkeit, Druck auf die US-Regierung auszuüben, auch ziehen sich die UN-Mitgliedsländer inhaltlich vermehrt zurück. Ein Teil der NGO's, sowie die Bürgermeister, wollen zukünftig Druck auf die anderen Atomkräfte ausüben, damit diese einseitig ihre Atomwaffenbestände abbauen, um den moralischen Druck auf die USA zu erhöhen. Es wird den UN Mitgliedsländern vorgeworfen, dass sie der USA gegenüber nicht kritisch und scharf genug sind, während das Gleiche vielen NGO's gegenüber der UN vorgeworfen werden kann. Auf das Angstthema „Terrorismus“, wird kaum eingegangen. Dabei geht es beim „Terror“, auch um die Benennung der Ursache von Terror durch ein international dominierendes Wirtschaftssystem, welches die Lebensgrundlagen von Menschen gezielt zerstört und damit ursächlich terroristisch handelt.

## Die Bürgermeisterkampagne als Rettungsanker?

Einige NGO's wollen die gemeinsamen zukünftigen Anstrengungen einzig auf die Bürgermeisterkampagne, dessen Ziel die Abschaffung der Atomwaffen für das Jahr 2020 sein soll, zugespitzt sehen. Hierzu Hilda Lini: „es sei unklug unsere Eier alle in einen Korb zu stecken“.

Mich erinnert dieser Vorschlag für das Jahr 2020 an den sog. in ferner Zukunft liegenden rot-grünen Atomausstieg. Natürlich freuen wir uns über jede/n BürgermeisterIn, der/ die es ehrlich meint im Kampf gegen Atomwaffen. Wir sollten aber nicht aus den Augen verlieren, dass es auch ein sehr einfaches Werbemittel ist, sich öffentlich als AtomwaffengegnerIn bezeichnen zu können, wo 90 % der Bevölkerung gegen Atombomben sind. Auch Schröder konnte



Foto: Marion Küpker

Workshop der Internationalen Inspektionsgruppen April 2004 beim NPT

mit seiner Antikriegsheuchelei Stimmen zurückgewinnen, die er gerade wegen verfehlter Sozialprogramme etc. verloren hatte. Er unternahm aber keine ernsthaften praktischen Schritte, den Irakkrieg zu verhindern. Wir müssen uns daher unsere neuen Friedensfreunde genau angucken.

## Radioaktive Niedrigstrahlung und IAEA

Viele Überlebende aus Hiroshima und Nagasaki kämpfen für ihre Anerkennung als Atombombenopfer, die nicht nur durch den eigentlichen Atomblitz, sondern durch die radioaktive Verseuchung der Region, nachträglich z.B. über Nahrungsmittel und Trinkwasser... zu zusätzlichen Opfern wurden. Es ist heute mehr denn je wichtig, sich mit den Folgen der radioaktiven Niedrigstrahlung und dem falschen Berechnungsmodell über radioaktive Risiken der IAEA, der Weltgesundheitsorganisation etc. auseinanderzusetzen, um die heutige schon vorhandene Krebsepidemie weltweit zu verstehen.

Interessanterweise fordern fast alle NGO's, dass es die IAEA sein sollte die Inspektionen auf allen Militärbasen, wo Massenvernichtungswaffen vermutet werden, durchzuführen. Wurde schon vergessen, dass die IAEA Teil der Atomindustrie ist? Dass es z.B. die IAEA war, die eben vor dem letzten Krieg nicht klar geäußert hat (trotz besseren Wissens), dass der Irak gar keine Massenvernichtungswaffen mehr haben konnte, stattdessen Herr Blix nur neutral äußerte, er wüsste zumindest nichts über deren Existenz? Die IAEA erklärte dann auch gleich in New York, dass sie den Ländern, die ihre Atomwaffen abschaffen wollen, behilflich sein wollen bei der Lösung ihrer Atommüllfragen, da sie hierfür schließlich Antworten hätten. Seit wann gibt es bereits irgendwo auf der Welt eine Antwort der Atommüllendlagerung?

Weitere Aktionen: zivile Inspektionsgruppen arbeiten an einer Boykottkampagne best. US Produkte und fordern Kriegsverbrechertribunale gegen die Regierungsverantwortlichen aller

Atomwaffenstaaten, die nach wie vor Atomwaffen illegal bereithalten. In Belgien und der BRD sollen voraussichtlich die US Atomwaffen aus Kostengründen abgezogen werden. Dieses erfordert ein europäisches Strategietreffen von Inspektionsgruppen, welches parallel in englischer Sprache während der Atomwaffen-Trägerkreiskonferenz Anfang Oktober stattfinden soll. Einige asiatische Organisationen arbeiten eher am weiteren Ausbau von atomwaffenfreien Zonen. Leider gibt es andere Regionen, wo sich dieser Prozess bereits wieder umgekehrt hat.

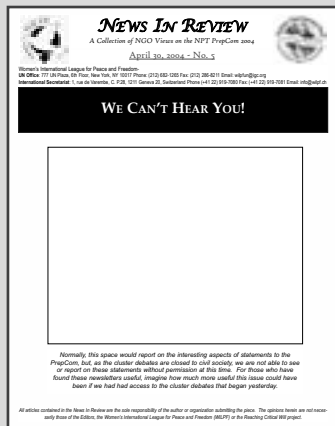
## Wie soll es weitergehen?

Im nächsten Jahr wird sich endgültig für uns alle entscheiden, ob der NPT offiziell als gescheitert anzusehen ist. Es wurde schon angedeutet, dass es diese zukünftigen NGO-Treffen bei der UN, wie es schon in der Vergangenheit vereinzelt der Fall war, vermehrt auf dem Europäischen- und Weltsozialforum geben wird. Ich persönlich glaube, wir müssen mit diesem Thema verstärkt in die Antiglobalisierungs- und Friedensbewegung und dürfen dabei keinen Führungsanspruch haben. Viele unserer Anti-Atomwaffen NGO's sehen immer noch Atomwaffen als die eine über alles stehende Gefahr. Eine Ein-Punkt Bewegung wird diese Gefahr nicht bannen und mittlerweile ist es tatsächlich nur noch eine Frage des Zufalls, welche Katastrophe (ob Klimakatastrophe oder...) uns als Erstes trifft. Die in New York groß angekündigte 1. Mai Demonstration gegen Atomwaffen gemeinsam mit der US Friedensbewegung war mit den ca. 500-700 TeilnehmerInnen ein sehr trauriges Ergebnis und spiegelt wieder, wie wenig wir bisher in der Lage waren uns tatsächlich inhaltlich mit den existierenden Problemen zu verbinden. Es ist dann doch überraschend, dass es immer noch Menschen gibt, die in dieser Demonstration einen Erfolg sahen. Ein Wochenende vorweg demonstrierten in Washington DC eine Million Menschen für ihr Entscheidungsrecht auf Abtreibung. An kritischen Menschen fehlt es sicherlich nicht!

mk ●

## Protest öffnet Plenum

„Closed“ - Geschlossen, stand am dritten Tag vorm Sitzungssaal. Eine kleine Protestaktion führte am vierten Tag zur erneuten Öffnung der Türen für die NGOs. Nur die General Debate, die allgemeine Aussprache, ist traditionell bei den NPT-Konferenzen öffentlich. Nach den Vorträgen der Nichtregierungsorganisationen tagen die Staatsvertreter hinter geschlossenen Türen. Schon lange fordern die Nichtregierungsorganisationen mehr Öffnung. Dieses Jahr führten Beharrlichkeit und Witz zu einem Teilerfolg.



Jeden Tag wird ein Rundbrief herausgegeben und an die Delegierten verteilt. Er kommentiert das Geschehen und enthält Vorschläge der NGOs. Die Redakteurin Rhianna Tyson von WILPF (Women's International League for Peace and Freedom) verzichtete am vierten Tag auf den Kommentar und titelte: „Wir können Euch nicht hören.“ Die leere Titelseite begründete sie damit, dass die Nichtregierungsorganisationen weder zuhören könnten noch Arbeitspapiere zur Verfügung gestellt bekämen. Wie wir später erfuhren, nahm ein Diplomat aus Südafrika die leere Titelseite zum Anlass, anzuregen, die Arbeitspapiere an die NGOs auszuhändigen. Ein Vertreter der USA kommentierte bissig: „Dann kann man sie auch zuhören lassen.“ Daran habe er noch gar nicht gedacht, kommentierte freundlich der Südafrikaner. Ein weiterer Diplomat pflichtete ihm bei, dies sei eine gute Idee. Der Vorsitzende fragte kurz, ob es Einwände gäbe. Niemand äußerte sich und so durften wir zwei weitere Tage im Plenum zuhören und bekamen Kopien der Arbeitspapiere.

wsh●

## Erfolgreich eingemischt

**(Mutlangen/Heidelberg/New York)**  
**Zufrieden kehrte die Delegation der Pressehütte Mutlangen von der UNO aus New York zurück. Zwölf Schülerinnen und Schüler der Aktion Völkerrecht aus Heidelberg waren mitgereist. Sie lernten dort hautnah die Arbeit der Diplomaten und der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) bei der UNO kennen und konnten zudem ihr eigenes Projekt, das „DenkMal für das Völkerrecht“ vorstellen. Erfolgreich mischten sie sich in die Welt der Diplomaten ein. Gespräche, Eindrücke, Erfahrungen und Erlebnisse, die wohl so schnell keiner von uns vergessen wird“, sagt Mascha Hake, Schülerin der 9. Klasse und jüngstes Mitglied der Schülerdelegation.**

**Für den FreiRaum schrieben die Schüler der Aktion Völkerrecht, den folgenden Bericht.**

Unser langfristiges Engagement war Anlass für Wolfgang Schlupp-Hauck, unsere Schülergruppe in die Delegation zur PrepCom einzuladen. Im Februar 2003 starteten Schülersprecher von neun Heidelberger Schulen angesichts des drohenden Angriffskrieges auf den Irak die Aktion Völkerrecht, um für die Einhaltung des Gewaltverbotes der UN-Charta einzutreten. Wir wollten nicht nur eine Aktion machen und dann nach Hause gehen, sondern suchten nach

vor das Gewaltverbot und die UNO zu stellen, um für die Einhaltung dieses fundamentalen Bestandteils des Völkerrechts einzutreten. Unterschriften sammelten wir in unserer Schule, in der Stadt und per Internet.

### Es wächst und wächst

Wir begannen mit der Errichtung des symbolischen Schutzwalls für das Völkerrecht, unserem „wachsenden DENK-mal-VÖLKERRECHT“, welches aus mittlerweile über 17.000 kleinen hölzernen Bausteinen besteht, die jeweils miteinander verbunden sind, jeder einzelne Baustein beschriftet mit einem Namen.

„Alle einzelnen Bausteine symbolisieren je eine Person, die unseren offenen Brief für die uneingeschränkte Einhaltung des Völkerrechtes unterzeichnet hat. Die Verbindung der Bausteine miteinander symbolisiert die Kraft, die daraus entsteht, wenn sich Menschen zusammen schließen und gemeinsam für ein Ziel eintreten. Das einzelne Bausteinchen wird genauso wie der Protest eines Einzelnen kaum wahrgenommen. Zusammen aber bilden sie ein nicht mehr zu übersehendes Zeichen“, erklärt Elias Michaels, Mitinitiator der Aktion. 70 m sind es jetzt. „Und das schönste“ ergänzt Felix Grädler inzwischen Zivildienstleistender „es wächst und



Zuerst in Heidelberg, dann in New York aufgebaut. Symbolischer Schutzwall für das Völkerrecht  
Foto: wsh

einer dauerhaften Demonstrationsform. Kern unserer Aktion wurde die Unterzeichnung eines offenen Briefes an die Mitgliedsstaaten der UNO und gleichzeitig das Signieren eines Holzblocks als symbolischen Baustein zum Schutz des Völkerrechts. Wir wollten damit den Menschen eine Möglichkeit geben, sichtbar zu machen, dass sie bereit sind sich persönlich schützend

wächst.“ Zuerst schlängelte sich unser DENK-mal-VÖLKERRECHT auf dem Bismarckplatz in Heidelberg, dann über den Winter durch die Stadtbücherei. Unser Ziel, das bei den Vereinten Nationen in New York aufzustellen, veranlasste uns mit der Delegation der Pressehütte Mutlangen die Reise nach New York anzutreten. Im Gepäck 800kg kleine Holzbausteine.

## Rednerin mit roten Haaren

So kam es, das die 16-jährige Charlotte Wohlfahrt eine der Rednerinnen der Nichtregierungsorganisationen vor den Diplomaten der 188 Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages wurde. Sie saß dabei in einer Reihe mit den Bürgermeistern aus Hiroshima, Nagasaki (Japan), Honolulu (Hawaii), Peristeri (Griechenland) und Kiew (Ukraine).

Das war ein großer Moment für uns. Wir sind dankbar, dass Regina Hagen von INESAP Charlotte die von den NGOs zur Raketenabwehr vorbereitete Rede vortragen ließ. Regina war eine großartige Unterstützung und hat eine inspirierende Ausstrahlung.“

„Wir lernten recht schnell die Bedeutung der Aussage ‚das wesentliche passiert zwischen-durch in den Kaffeepausen‘ kennen“ stellt Nicolai Wessendorf, inzwischen Student der Rechtswissenschaften, fest. „So sind die wichtigsten Eindrücke, die wir mit nach Hause brachten die vielen Gespräche mit den Delegierten, allen voran das Gespräch mit dem Botschafter Dr. Heinzberg von der Deutschen Delegation, den Bürgermeistern aus Hiroshima und Nagasaki, Alyn Ware, einem neuseeländischen Anwalt, den tollen Frauen von WILPF, mit einer Gruppe von Überlebenden aus Hiroshima und Nagasaki, Herrn Mitsuo Okamoto, Friedensforscher aus Japan, und vielen, vielen mehr.“

## Beim Bürgermeister von Hiroshima

Bürgermeister Akiba aus Hiroshima empfing uns im Hotel. Wolfgang Schlupp-Hauck übergab ihm 22 Beitrittsunterschriften zu den „Bürgermeistern für den Frieden“. Akiba freute sich, dass damit die Zahl der Mitglieder auf über 600 angewachsen ist, und er dem Ziel, bis zur Hauptkonferenz nächstes Jahr über 1000 Mitglieder zählen zu können, näher kommt. Hierfür übergab er persönliche Briefe an weitere Bürgermeister deutscher Gemeinden und deren Partnergemeinden an Mascha Hake und Julia Kramer, in denen er zur Teilnahme an der Dringlichkeitskampagne zur Abschaffung der Atomwaffen aufruft. Nächstes Jahr sollen, laut Akiba, mindestens 100 Bürgermeister aus aller Welt an der Konferenz teilnehmen.

Ebenfalls sehr beeindruckend war die Teilnahme an der Demonstration für die Abschaffung aller atomaren Waffen im Bryant Park.

Es war einfach toll, zusammen mit unzähligen Händen die gesamten 70 Meter des symbolischen Schutzwalles aufzubauen und die Begeisterung für unsere Aktion in den Augen der Teilnehmer zu sehen. Großartig war natürlich die Möglichkeit, daß Katharina Hingst zusammen mit Charlotte Wohlfarth zu den Teilnehmern der Demonstration zu sprechen konnten.

Geehrt fühlen wir uns von der Tatsache, dass



Charlotte spricht in der UNO, Foto: wsh

die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki von unserer Aktion so beeindruckt waren, das sie sich entschlossen, unsere Idee des „globalen Weiterwachsens“ aufzugreifen und je ein kleines Stück des „symbolischen Schutzwalls“ als „Keimzelle“ mit in ihre Stadt zu nehmen. Wieder zu Hause arbeiten wir nun an der Aktualisierung unseres Aufrufes und natürlich an unserem Ziel, die Bürgermeister und Städte unserer Region zur Teilnahme an der Kampagne der Mayors for Peace zu gewinnen.

## Wir machen weiter

Wir wollen daran arbeiten, dass unser DENK-mal-VÖLKERRECHT mit Unterstützung durch Bürgermeister, Schüler und NGO's bis Mai 2005 weltweit weiter wächst und dann im Mai 2005 je die Hälfte der Teilstücke von Bürgermeistern und Schülern der jeweiligen Stadt nach New York gebracht werden, um sie dort zusammen zu fügen, Meter für Meter, Kilometer für Kilometer. Und dass die jeweils zweite Hälfte von Vertretern der jeweiligen Stadt, zum Regierungssitz des jeweiligen Landes gebracht wird, um dort mit den Teilstücken weiterer Städte des Landes zusammen gefügt zu werden.

Wir haben die Idee eines Startpaketes entwickelt, in dem 1.000 Bausteine, Verbindungsstäbe, Infomaterial Unterschriftenlisten etc. enthalten sind. Diese können wir interessierten Bürgermeistern, Schülern, NGO's zusenden, so dass sie ohne große Vorarbeit die Aktion in Ihrer Stadt aufgreifen können.

Vielleicht wird es uns ja gelingen, dass das „Cities of the World Peace Festival“ nicht nur in New York, sondern zeitgleich auch in vielen Städten und Hauptstädten dieser Welt, als überwältigender Ausdruck des Willens zum Beginn konkreter Schritte für eine globale Abrüstung aller Atomwaffen stattfinden wird. Ganz großen Dank wollen wir an dieser Stelle noch den Mitarbeitern der Pressehütte Mutlangen, Wolfgang Schlupp-Hauck, Julia Kramer und Felix Dania aussprechen, ohne deren großartige Hilfe und Unterstützung vor und in New York wir dies alles wohl nie erlebt hätten.

Herzlichen Dank, Wolfgang, Julia, und Felix.

Die Schüler der Aktion Völkerrecht ●

## Politisches Theater

Die Reden und Positionen der Staatenvertreter in der NPT-PrepCom sind schon vor der Tagung geschrieben. Die Entscheidungen werden in den heimischen Ministerien getroffen. Lobbyarbeit bei der UNO hat nur begrenzte Einflussmöglichkeiten. Es ist wie bei einem Theaterstück, die Aufführung ist nur das Ergebnis der Vorarbeit: Schreiben des Regiebuches, Proben der Rollen. In diesem Bild ist die Überprüfungs-konferenz im nächsten Jahr die Aufführung, in der wir wieder mitspielen wollen. Um das Ergebnis zu beeinflussen, dürfen wir nicht erst nächsten Mai wieder auf die Bühne treten, sondern müssen jetzt am Regiebuch mitschreiben, Schauspieler auswählen usw. - konkret: wir müssen jetzt aktiv sein, zu Hause, an den Atomwaffenlagern und Regierungssitzen.

Wir in der Pressehütte wollen zusammen mit den anderen Gruppen im Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ auf breiter Basis Einfluss nehmen. Dies wird erfolgreich, wenn viele mitmachen und wir hoffen, dass alle FreiRaum - LeserInnen dabei sind. Ein erster Schritt: Wir machen mit dem Sicherheitspolitischen Sprecher der SPD Rainer Arnold und dem Bürgermeister von Mutlangen in der Pressehütte ein Fachgespräch, bei dem wir von der NPT-PrepCom berichten und austauschen, was wir auf den verschiedenen Ebenen für eine Welt ohne Atomwaffen tun können.

### Und das können Sie tun:

- nukleare Abrüstung zum Thema in Ihrer Gemeinde machen. Organisieren Sie Informationsveranstaltungen und Ausstellungen. Wir kommen gerne.
- Einen Musterbrief an eine/n Bundestagsbeordneten in der Pressehütte anfordern

- Ihre/n Bürgermeister/in für Mayors for Peace gewinnen. Einen persönlichen Einladungsbrief aus Hiroshima können Sie über die Pressehütte Mutlangen anfordern. - Nehmen Sie mit Ihrer Gemeinde an der Malaktion „Mal Dir den Frieden“ teil. Malen Sie Tücher, die dann bei der Überprüfungs-konferenz 2005 ausgestellt werden.

- Unterschreiben Sie einen Baustein der „Aktion Völkerrecht“ oder besser, bestellen Sie ein Starterpaket mit Bausteinen, um ein Stück in ihrer Gemeinde zu beginnen.

- Machen Sie bei den Aktionen in Büchel, Ramstein und am EUCOM mit.

wsh ●

Kontakt zur Aktion Völkerrecht über:

Peter Kolbe

Werderstraße 36

69120 Heidelberg

Tel. 06221-40 92 47

[www.aktion-voelkerrecht.de](http://www.aktion-voelkerrecht.de)



### Peace in Space Award

Die langjährige Friedensaktivistin aus Großbritannien, Lindis Percy, wurde in diesem Jahr mit dem „Peace in Space Award“ ausgezeichnet.

Die gelernte Hebamme war schon im Peace Camp von Greenham Common aktiv. Als eine der Koordinatorinnen der „Campaign for the Accountability of American Bases (CAAB)“ hat sie ihren Schwerpunkt heute auf die riesige Spionagebasis in Menwith Hill und die Radaranlage Fylingdale gelegt. Immer wieder protestiert sie mit ungewöhnlichen Aktionen. Sie wurde schon 150 mal festgenommen und saß 20 mal im Gefängnis. Zum Besuch George Bushs in London, kletterte die 61-jährige auf den Zaun am Buckingham Palast und hängte aus Protest die US-Flagge verkehrt herum auf.

### Mit Low Tech gegen High Tech

Ein ungewöhnlicher Gast kam aus Menwith Hill in Großbritannien zum Global Network: Flossy. Die ausgestopfte Puppe saß oft mit den Frauen am Lagerfeuer des Peace Camps in der Nähe der US-amerikanischen Spionage Basis. Sie bewachte mit anderen ausgestopften Puppen die Glut, während sich die Frauen aufmachten in die Basis einzudringen. Die Polizei konnte mit den Puppen ausge-trickst werden und die Friedens-frauen konnten auf Erkundungstour zwischen den Hightech Spionage-antennen gehen.



## Jahrestagung des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space

# Raketenabwehr der USA Ein Himmelfahrtskommando

**Eine bunte Mischung aus der ganzen Welt, WissenschaftlerInnen, GraswurzelaktivistInnen, KritikerInnen der Raumfahrt und solche, die die militärische Nutzung und den Einsatz von Atomenergie in der Raumfahrt ablehnen, waren die TeilnehmerInnen auf der zwölften Jahrestagung des „Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space“ im April in Portland, Maine (USA).**

225 AktivistInnen aus zehn Nationen waren anwesend. Darunter Wolfgang Schlupp-Hauck und Felix Dania von der Pressehütte Mutlangen, sowie Regina Hagen von INESAP (International Network of Engineers and Scientists Against Proliferation) aus Darmstadt. Das Thema der diesjährigen Veranstaltung lautete „Resisting Empire: Understanding the Role of Space in U.S. Global Domination.“

### Demonstration in Portland

Mit einer Demonstration begann die Jahrestagung. Die Werft von „Bath Iron Works“ in Portland war das Ziel, um gegen die dortige Herstellung von Aegis Zerstörern zu protestieren. Jack Bussell von den „Maine Veterans for Peace“ wies darauf hin, dass „Bath Iron Works“ seit 1992 zweiundvierzig solcher Kriegsschiffe gebaut hat. Die Kosten pro Stück betragen eine Milliarde Dollar. Jedes dieser Kriegsschiffe ist mit vierundfünfzig Tomahawk Marschflugkörpern bewaffnet. Ein einzelner Nuklearsprengkopf, mit denen diese Raketen bestückt sind, trägt die fünfzehnfache Sprengkraft der Hiroshimabombe

mit sich! Allein diese zweiundvierzig Schiffe sind also mit der 34.000 fachen!!! Zerstörungskraft Hiroshimas ausgestattet!

Ein Höhepunkt der Konferenz war die Grundsatzrede von Dr. Helen Caldicott, Autorin des jüngst erschienen Buches „The New Nuclear Danger“. Caldicott, Symbolfigur der Anti-Atom(waffen)-Bewegung, Gründerin der „Physicians for Social Responsibility“ und Nominierte für den Nobelpreis, erinnerte daran, dass Russland und die Vereinigten Staaten heute, 15 Jahre nach Ende des Kalten Krieges, immer noch Tausende von Atomwaffen aufeinander richteten. Mörderische Arsenale, denn eine Fehlberechnung oder ein Unfall könnte immer noch der Auslöser für einen thermonuklearen Holocaust sein. „Die Menschheit und die Erde bedürfen intensiven Schutzes dagegen“, so Caldicott.

### MD, Missile Defense: eine tickende Zeitbombe

Caldicott übertreibt keineswegs, und eine weitere Gefahr, die in Portland thematisiert wurde, „bereichert“ demnächst den nuklearen Alptraum. Die MD (Missile Defense), das US-Raketenabwehrprogramm. Das Sicherheitsbedürfnis der Amerikaner und ihrer Regierung, oder eher die Ankurbelung der Kriegswirtschaft, sowie das Unterstreichen ihrer Weltmachtposition sind wichtige Hintergründe dieses Unterfangens. Ein Schuss, der unter Umständen schneller nach hinten losgeht, als es der Bush-Regierung und, aus anderen Gründen, der ganzen Welt lieb sein kann. So ist einer Meldung der dpa vom April



Demonstration zur Werft von Portland  
Foto: Park Ji-h o



diesen Jahres zu entnehmen, dass Zweifel laut geworden sind, ob das extrem kostspielige Raketenabwehrprogramm der USA überhaupt funktionsfähig ist, da bisherige Tests unter völlig unrealistischen Bedingungen durchgeführt und wichtige einzelne Teile noch nie zusammen erprobt wurden. Damit gäbe es keinen Beleg dafür, dass das System im Ernstfall auch tatsächlich zuverlässig ist.

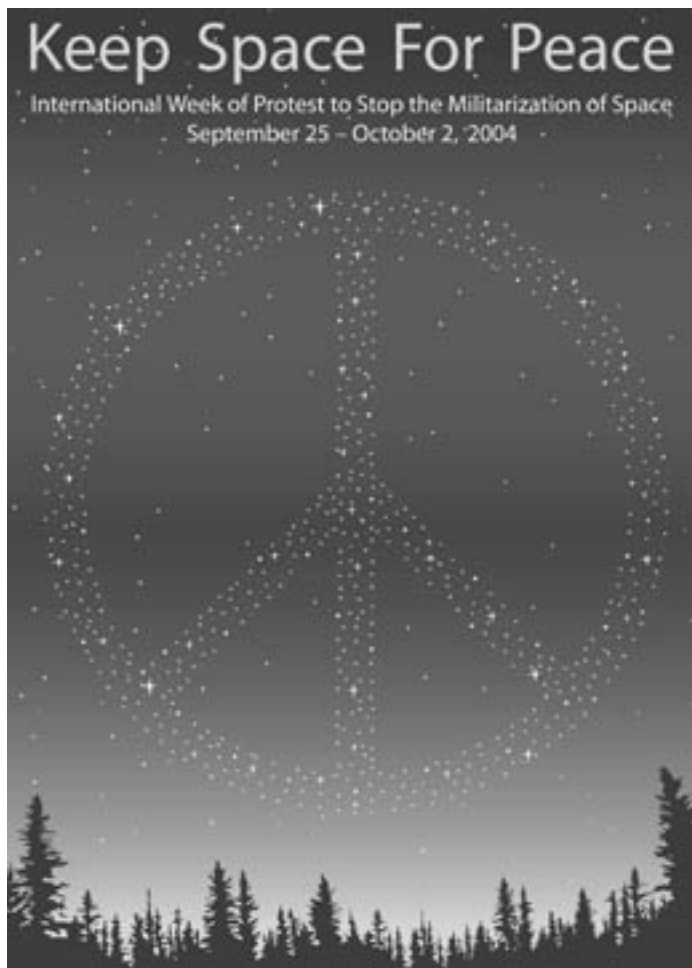
Entsprechende Kritik kommt im übrigen nicht nur von WeltraumexpertInnen und den Demokraten sondern auch aus Reihen der Republikaner. Die „American Physical Society“ errechnete, dass selbst extrem schnell fliegende Abfangraketen in einem Abstand von nicht mehr als 400-1.000 Kilometern von ihrem Ziel stationiert sein dürften, um effizient eingesetzt werden zu können. Diese geographische Realität setzt selbst den USA eine unüberwindbare Grenze. Das Problem der Tests aber ist, dass sie erfolgreich sein müssen, weil sie Unsummen an Geld verschlingen. Trotz aller Kritik und Warnungen vor der Fragilität der MD besteht George

W. Bush darauf, dass der Zeitplan eingehalten wird und die ersten Abfangraketen in unterirdischen Silos in Fort Greeley, Alaska und in Vandenberg, Kalifornien stationiert werden. Im Spätsommer oder Herbst will Bush das System für einsatzfähig erklären. Im November sind die nächsten Präsidentschaftswahlen. Zurück zum Horrorszenario des thermonuklearen Holocaust: Mit dem MD-Programm steigt eindeutig die Gefahr fataler Folgen. Die unilaterale Aufrüstung der Vereinigten Staaten wird ein neues Zeitalter des Wettrüstens nach sich ziehen. China und Russland sehen ihre Abschreckungsfähigkeit bedroht und artikulieren dies auch. In der Folge werden sie ihre nuklearen Einsatzpläne überarbeiten und die Waffen modernisieren. So hat Wladimir Putin bereits angekündigt, ein eigenes System entwickeln zu wollen, dessen Sprengköpfe noch während des Zielanfluges steuerbar sind, womit sie den gegnerischen Raketen ausweichen könnten.

## Cassini erreicht den Saturn

Aber auch hinter der sogenannten zivilen Nutzung der Raumfahrt verbergen sich eklatante Gefahrenherde. So umkreisen Hunderte Kilogramm hochangereicherten Plutoniums-238 und etwa eine Tonne Uran-235 aus früheren russischen- und US-Raumfahrtmissionen die Erde und stellen damit eine Gefährdung dar.

Durch den unbeabsichtigten Wiedereintritt in die Erdatmosphäre wurde in der Vergangenheit bereits Plutonium frei, das weltweit zu Krebsstoten führte.



Auch Cassini, das europäisch-amerikanische Weltraumprogramm zur Erforschung des Saturn, hat über 30 Kilogramm Plutonium an Bord. Denken wir daran, wenn wir in naher Zukunft Bilder dieser Mission über unsere Wohnzimmerbildschirme flimmern sehen. Cassini ist glücklicherweise keine Gefahr mehr, aber schon plant die NASA neue Weltraummissionen mit nuklearen Energiequellen. Im Projekt Prometheus wird sogar wieder an einem nuklearen Antrieb gearbeitet.

## Und die Moral von der Geschicht'?

Die Herrscher dieser Welt spielen verrückt. Der Einsatz für die unwiderrufliche Abschaffung aller Atomwaffen- und nuklearen Raumfahrtprogramme, aber auch die endgültige Beendigung der atomaren Energiegewinnung, gehören zu den allerwichtigsten Aufgaben der Menschheit. Erst nach einem Atomwaffenschlag oder Unfall zu handeln wäre zu spät, bzw. je nach Schwere des Falles unmöglich, die Folgen zu fatal. Ein dringender Appell ergeht daher auch an alle WissenschaftlerInnen, ihr Gewissen in ihren Forschungsdrang mit einzubeziehen und den sogenannten Fortschritt dem Recht auf Leben und der Würde des Menschen unterzuordnen, so wie es Johann Wilhelm Möbius in Dürrenmatts „Die Physiker“ ihnen schon zum Vorbild tat. Sie müssen sich ja nicht gleich wegschließen lassen.

**Felix Dania ●**

## „Ein anders Europa ist möglich“

Jahrestagung des Trägerkreises Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen. 1.-3. Oktober 2004 Stuttgart, Haus der Geschichte und Ökumenisches Zentrum Vaihingen. Manifestation am EUCOM

Die diesjährige Jahrestagung des Trägerkreises soll ein wichtiges Datum werden, um die Kampagne „Auf keinem Auge blind - Atomwaffenfrei bis 2020“ zu stärken. Wir laden daher die alten Aktiven aus den Reihen des Trägerkreises und neue Interessenten nach Stuttgart ein. Kernthema wird Europa und seine Sicherheitspolitik sein, denn wir sind am Ort des EUCOMs. Wir laden daher auch Friedensaktivisten aus unseren europäischen Nachbarländern ein, um gemeinsam die Sicherheitspolitik der Europäischen Union und der NATO zu analysieren und Konzepte für ein friedlicheres Europa und die Abschaffung der Atomwaffen zu entwickeln und dafür zu demonstrieren.

## Bisherige Programmplanung:

### Freitag, 1.10.

**13.00 Uhr** „Kommunale Außenpolitik“ für eine Welt ohne Atomwaffen mit Bürgermeistern, Gemeinderäten und Schülerratsmitgliedern zur Dringlichkeitskampagne der Mayors for Peace

**17.30 Uhr** Internationaler Empfang  
**19.30 Uhr** Eröffnungsvorträge zur Jahrestagung „Auf keinem Auge blind - Atomwaffenfrei bis 2020“

### Samstag 2.10.

**9:30 Uhr** Expertenrunde zur Militarisierung Europas

**13.00 Uhr** Manifestation am EUCOM: „Für ein friedliches Europa ohne Atomwaffen“

**16.00 Uhr** Arbeitsgruppen

### Sonntag 3.10.

**9.30 Uhr** Vorstellung der Ergebnisse der Arbeitsgruppen

**11.00 Uhr** Abschlussvorträge: „Ein ziviles, soziales und ökologisches Europa ist möglich“

Teilweise parallel zum deutschen Programm finden englischsprachige Workshops statt. Merken Sie sich diesen Termin schon jetzt vor. Überlegen Sie sich, wen sie zu dieser Tagung einladen können.

Weitere Informationen zum Trägerkreis und seiner Kampagne:

Trägerkreis Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen

IPPNW  
Körtestr. 10  
10967 Berlin  
Tel. 030 / 69 80 74 0  
Fax 030 / 69 38 16 6  
Email: xanthe@ippnw.de

[www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

**Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.**

**Liebe Mitglieder und Freunde,**

wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung durch Beiträge oder Spenden. Eine Flut neuer und alter Aufgaben zwang uns, den Mitgliedsbeitrag auf 40 Euro zu erhöhen. Kommen Sie doch mal wieder und schauen Sie sich an, was aus der Pressehütte geworden ist - verbinden Sie dies mit der Ausstellung „Zerreißprobe Frieden“ im Haus der Geschichte Stuttgart.

Ein Besuch lohnt sich. Ich möchte Ihnen aber auch ein Buch empfehlen. „Tschernobyl - Eine Chronik der Zukunft“, erschienen im Aufbau Taschenbuch Verlag. Es ist kein erbauliches Buch und der 26.4.1986 liegt noch nicht lange zurück, aber man muss es gelesen haben. Swetlana Alexijewitsch hat über mehrere Jahre mit Menschen gesprochen, für die der GAU in Tschernobyl zum zentralen Ereignis ihres Lebens wurde: Personal der Atomkraftwerke, Frauen verstrahlter Feuerwehrmänner und deren Schilderung vom langsamen Kriechen ihrer geliebten Männer, aber auch Wissenschaftler, Ärzte, Umsiedler, Rückkehrer, aufräumende Soldaten. In diesem Buch geht es weniger um das Ereignis selbst. Es sind vielmehr Erinnerungen, Gedanken und Gefühle, denen die Autorin nachspürt. Fast alle Personen sind unmittelbar Betroffene, die in Gesprächen bereit waren, die teilweise mühsam verdrängten Empfindungen wieder hochkommen zu lassen. Besonders erschreckend: noch heute taucht beim Erscheinen von Militärfahrzeugen bei vielen Russen panische Erinnerung an das deutsche Militär auf. Die Frankfurter Rundschau schreibt über dieses Buch: „Ein ungeheuerliches Requiem der Klage und der Anklage, mit dem sich die Autorin ohne Zweifel neben Dostojewskis: Aus dem Totenhaus, Tschechows: Die Insel Sachalin und Solschenizyns: Der Archipel Gulag gestellt hat.“

Mit herzlichen Grüßen! Für den Vorstand

**Ihre Marianne Späh**

10

## DU und das zweite Nuklearzeitalter

**Im WDR war im Mai die Dokumentation „Der Arzt und die verstrahlten Kinder von Basra“ zu sehen.**

In dieser Sendung wurde gezeigt, wie Tedd Weymann vom kanadischen „Uranium Medical Research Center“ Bodenproben aus einem Gebäude nahm, welches von einer erdeindringenden Rakete getroffen wurde- die Rakete bohrte sich durch mehrere Stockwerke. Zudem nahm Herr Weymann Urinproben von Menschen, die in der Nähe Lebensmittel verkaufen. Diese Proben wurden gemeinsam mit den Urinproben einiger US-Soldaten, die seit dem letzten Irakkrieg dort stationiert waren, in einem Frankfurter Labor untersucht. Das Ergebnis der Soldaten wurde am 2.April 2004 in der New York Daily News als Titelstory an Millionen von LeserInnen abgedruckt. Die Presseerklärung besagt: „Uran im Urin. Neuartige Untersuchungsmethoden erlauben Nachweis der Uran-Kontamination von Soldaten und Zivilbevölkerung durch amerikanische Waffen im Irak. Dr. A. Gerdes, Forscher am Institut für Mineralogie der Universität, hat eine Methodik zur Bestimmung der Uran- Isotopenzusammensetzung im Urin am NERC (Natural Environment Research Council) Isotopenlabor in Nottingham mitentwickelt, und kann jetzt aufgrund der apparativen Ausstattung in Frankfurt noch kleinerer Anteile abgereicherten Urans in biologischen und geologischen Proben exakter bestimmen, als dies bisher in anderen Laboren weltweit möglich war.“

Die Ergebnisse der Bodenproben aus dem Gebäude wurden in dem oben genannten Film veröffentlicht und beweisen, was der unabhängige Waffenforscher Dai Williams schon länger befürchtete und in seinen Untersuchungen über die Waffenpatente der USA zum Vorschein brachte: erdeindringende Waffen (Raketen, bunker buster etc), die offiziell als konventionelle

Waffen eingestuft werden, beinhalten DU.

DU in großen Bomben (Raketen etc.) kann mit einem Gewicht bis zu einer Tonne vorhanden sein und richtet im Körper, inhaliert oder auch über Lebensmittel aufgenommen, schwere Schäden an. Die offizielle Berechnungsmethode über radioaktive Risiken der UN-Institutionen schließt die gesundheitlichen Auswirkungen interner Verstrahlung durch radioaktive Partikel aus. DU ist ein „stiller Töter“, dessen Auswirkungen sich in den extremen Krankheitsbildern im Südirak schon seit 1991 zeigen. Aus dem Pentagon hören wir nichts zu deren spezifischen Plänen mit diesen Waffen, die auch in der Anti- Atomwaffenbewegung noch zu sehr vernachlässigt werden.

Vor diesem Hintergrund sollten wir die neue Atomwaffenstrategie noch mal betrachten und bedenken, dass wir schon oft mit offiziellen Plänen konfrontiert wurden, deren illegale Praxis längst in die Realität umgesetzt wurde:

Otfried Nassauer schreibt in dem Artikel „Das zweite Nuklearzeitalter“: „Das wichtigste Beratungsgremium des Pentagon setzt auf neue Atomwaffen [Mininukes] und die Entwicklung einer Vielzahl konventioneller strategischer Waffen [mit DU- depleted uranium]“...und er schreibt unter Absatz „Niedriger Kollateralschäden“: „Die Studie rät, künftige Präsidenten sollten bei strategischen Offensivschlägen „die Wahlmöglichkeit“ zwischen konventionellen [mit DU] und nuklearen Waffen haben. Das derzeitige Programm zur `Indiensthaltung und der Verlängerung der Lebensdauer´ vorhandener Nuklearwaffen, das `Stockpile Stewardship Program´, sei falsch dafür ausgerichtet. Es halte viel zu viele relativ große Atomsprengköpfe weiter im Dienst, die massive Kollateralschäden hervorrufen würden und deshalb kaum eingesetzt werden können. Wichtiger sei, sich auf die Waffen zu konzentrieren, die „für die künftige Bedrohungsumgebung relevanter sind“, darunter neue und neuartige Nuklearwaffen. Es gelte „die Erforschung neuer Waffentypen zu initiieren“, die „einen deutlich niedrigeren Kollateralschaden hervorrufen (Präzision, Erdeindringfähigkeit, deutlich reduzierte radioaktive Strahlung)“, robust funktionieren, leicht herzustellen und zu warten sind. ...Schließlich – so argumentiert die Studie am Beispiel tief verbunkerter Ziele – könne es auch sinnvoll sein, spezielle Ziele mit einem Mix konventioneller und nuklearer Waffen anzugreifen.“



# Uranmunition in der BRD

**Nach Berichten des US-War-Department vom 30.10.1943 hat Deutschland im Oktober 1943 den Einsatz von Radioaktivität als Kriegswaffe vorbereitet. Im Sommer 1943 hat Deutschland die Wolfram-Importe aus Portugal gestoppt. Stattdessen wurde befohlen, Uran für die Produktion von Hartmantelgeschossen zu verwenden. Damit ist die Uranmunition eine Technologie aus Deutschland.**

Nach Presseberichten hat der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern die Uranmunition in den frühen siebziger Jahren weiterentwickelt. Ein deutscher Professor aus Göttingen erklärte, Rheinmetall hätte ihm angeboten, die Testschüsse mit verschiedenen Projektilen aus abgereicherten Uran zu überwachen, die Rheinmetall hergestellt hat. Nach Aussagen des Hamburger Friedensforschers Götz Neudeck sei die Kanone des amerikanischen Panzers M-1, der die Uranmunition verschießt, dieselbe wie die des deutschen Panzers Leopard II. Der Düsseldorfer Rheinmetall-Konzern, der die Kanone für den Leopard II herstellt, besitzt auch die Lizenz für die amerikanische Kanonenfertigung. Auch Messerschmidt-Bölkow-Blohm hat Uranmunition über 17 Jahre lang getestet. Der Soldat Erich Schempp war 1982/83 beim Panzerbataillon 284 in Dornstadt bei Ulm stationiert. Während des Urlaubs im Sommer 1983 wurden zwei Panzerbesatzungen per Telegramm aus dem Urlaub geholt und nachgeschickt. Dort wurden mehrere Tage lang Schießversuche durchgeführt. Den Soldaten wurde lediglich gesagt, es handele sich um eine neue Munition mit höherer kinetischer Energie, die in der Lage wäre, alle bekannten Panzerungen zu durchbrechen. Soldat Schempp bemerkte nach seinem Einsatz in Munster ständige Müdigkeit und Kopfschmerzen, Schwächung des Immunsystems. Deshalb war er seit 1985 in ärztlicher Behandlung. Erst nachdem er in einer Fernsehsendung von Uranmunition erfahren hatte, konnte er den Zusammenhang erkennen. Oberstabsarzt Reimann teilte auf seine Anfrage mit, „seit wenigen Tagen sei bekannt, dass die Bundeswehr Uranmunition getestet hätte.“ Das Bundesverteidigungsministerium teilte dagegen mit, die Bundeswehr habe nie Tests mit Uranmunition durchgeführt.

**An den folgenden weiteren Orten in der BRD ist es zum Einsatz bzw. zu Zwischenfällen mit der Uranmunition gekommen:**

**05.8.1981** in Fulda (Hessen): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.  
**23.3.1982** in Lampertheim (Hessen): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.  
**28.2.1985** in Schweinfurt (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition brennt aus.  
**19.3.1985** in Garlstedt/Altenwalde (Niedersachsen):



A-10 Warzenschwein - Thunderbolt

Uranmunition wurde verschossen.

**17.9.1986** Grafenwöhr (Bayern): Uranmunition wurde verschossen.

**14.8.1988** Grafenwöhr (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

**20.9.1988** Gollhofen (Bayern): ein M-60 Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

**23.9.1988** Oberaltertheim (Bayern): ein Panzer mit Uranmunition geriet in Brand.

**08.12.1988** Remscheid (NRW): ein Panzerabwehrflugzeug vom Typ Fairchild A-10 stürzt über der Stadt ab. Es hatte wahrscheinlich Uranmunition an Bord. 7 Menschen, darunter der Pilot, verstarben, 50 werden zum Teil schwer verletzt.

**16.5.1990** Wildflecken (Bayern): Uranmunition wurde verschossen.

**Bis 1993** war das als „Warzenschwein“ bekannte A-10 Thunderbolt Kampfflugzeug, welches mit seiner Kanone pro Sekunde 60 Schuss Uranmunition verschießt, unter Geheimhaltung auf den Militärbasen in Nörvenich, in Ahlhorn, in Sembach und Leipheim mit jeweils 60 US Soldaten stationiert. Ab 1992 wurden die A-10 Thunderbolt mit den dazugehörigen US Einheiten dauerhaft in Spangdahlem stationiert, von dort aus kamen sie in Bosnien und im Kosovo zum Einsatz.

Der frühere Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium, Hans Rühle, hat zugegeben, brisante Information dem Verteidigungsausschuss des Bundestages und sogar höchsten Mitarbeitern des Verteidigungsministeriums verschwiegen zu haben. Er habe damals »alles getan, diese Informationen zu unterdrücken«, da sonst »eine politisch-psychologisch hochgefährliche Situation entstanden« wäre, so Rühle. Er habe gewusst, dass tausend strahlende Panzer mit Uranlegierungen in der BRD durch die Gegend fuhren und da es zu dieser Zeit Massenproteste gegen die Stationierung von neuen US-Atomraketen in Westdeutschland gab, hätten Schlagzeilen über krebserregende Panzerkolonnen auf deutschen Straßen das Fass womöglich zum Überlaufen gebracht. Sein Bekenntnis zu klassischer Desinformationspolitik bestätigt, dass uranbestücktes Kriegsgerät in der Bundesrepublik Deutschland immer gegenwärtig war. **mk ●**

<http://www.bundeswehrrabschaffen.de>



Foto: Marion Kämpfer

Dr. Helen Caldicott

## IPPNW Kongress

7. - 9. Mai 2004

Mit international bekannten Persönlichkeiten, wie Dr. Helen Caldicott vom Nuclear Policy Research Institute- (USA) und mit groß angelegten Abendkonzerten, lud die IPPNW zu ihrem Europäischen Kongress in die Urania in Berlin ein.

Überwältigend war das Interesse an den Workshops über die europäischen Atomtransporte, wo sich am Samstag über 150 Menschen in einen engen Versammlungsraum zwängten.

Bei den Themen zu Atomwaffen im großen Konferenzsaal nahmen nur ca. 70 Menschen teil. Erfreulicherweise gab es am Sonntag mit dem südirakischen Arzt Jawad Al Ali und dem britischen Experten über radioaktive Niedrigstrahlung Dr. Chris Busby einen Podiumsvortrag und einen anschließenden Workshop zu DU- depleted uranium. Leider wurde der Workshop zu 80 % mit weiteren Vorträgen von anderen DU Aktivisten vorweg bestimmt, wodurch es bis auf wenige Fragen kaum Raum für wirkliche Diskussionen gab.

Dies war vor allem vor dem Hintergrund dieser seltenen und wichtigen Gäste sehr schade.

Dennoch sind hier sehr wichtige zukünftige Bausteine gelegt worden.

So waren bestimmte Inhalte zu DU auch für Dr. Helen Caldicott neu und es folgten Einladungen für Dr. Busby zu Vorträgen in die USA.

Da die Kritik über zu wenig Raum für Diskussion sehr breit geäußert wurde, sollte hier bei zukünftigen Konferenzen ein wesentlich größerer Schwerpunkt gelegt werden. **mk ●**

Nach Geheimverhandlungen mit den anderen Atommächten legten die USA im März dem Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf zur „Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen“ vor. Massenvernichtungswaffen sollen nicht in terroristische Hände fallen. Unter Bezug auf das Kapitel 7 der UN-Charta, das Zwangsmaßnahmen ermöglicht, verlangt die Resolution verbindlich von allen Staaten, Maßnahmen und Gesetze zu erlassen, die verhindern, dass „nicht staatliche Kräfte“ Zugang zu Massenvernichtungswaffen erhalten. ‚Abolition 2000‘, der weltweite Zusammenschluss von Friedensgruppen zur Abschaffung der Atomwaffen, kritisierte den Entwurf.

Er missachte die Abrüstungsverpflichtung aus dem Atomwaffensperrvertrag.

Mit der Annahme des Resolutionsentwurfs erhielt der Sicherheitsrat die Rolle eines weltweiten Gesetzgebers. Dafür fehle jegliche Legitimation. Der deutsche Trägerkreis ‚Atomwaffen abschaffen‘ forderte die Bundesregierung brieflich auf, der Resolution nicht zuzustimmen.

In einer Anhörung vor der Abstimmung äußerten viele Staaten ähnliche Bedenken. Doch die Resolution wurde einstimmig angenommen. Ein Komitee wird eingerichtet, das die Umsetzung der Nichtverbreitungsmaßnahmen überprüft.

Der deutsche UNO-Botschafter Pleugner kritisierte nach der Abstimmung, dass ‚Abrüstung‘ nur im Einleitungstext vorkomme, nicht bei den beschlossenen Maßnahmen. Weil die Resolution eine Lücke schließe, habe er dennoch zugestimmt. Er betonte aber, dass diese Resolution nicht zu unilateralen Zwangsmaßnahmen berechtige. Man kann dies als Versuch werten, gegen Proliferationsgefahren einen „neuen strategischen Konsens“ mit „allgemeinverbindlichen, transparenten Regeln“ zu finden und die USA von Gewaltanwendung im Alleingang abzuhalten. Aber solange keine greifbaren Fortschritte in der nuklearen Abrüstung gemacht werden, bleibt auch das Problem der Weiterverbreitung.

Es wäre besser gewesen, diese Frage in der gleichzeitig tagenden PrepCom zu behandeln und auf der Verknüpfung mit der Abrüstungsverpflichtung zu bestehen. Dem Atomwaffensperrvertrag wurde mit dieser Resolution kein guter Dienst getan.

wsh ●

## Afghanistan - Tribunal

**In Tokyo fand im November 2003 ein Internationales Tribunal zum Krieg gegen Afghanistan und den dort begangenen Kriegsverbrechen statt. Das Gremium aus Richtern, Anklägern und Verteidigung (für die USA) war international zusammengesetzt, darunter die Professoren Osamu Niikura und Asaho Mizushima aus Japan, Prof. Dr.R.I. Akroyd aus England, Prof. Peter Erlinder aus den USA und Prof. Niloufer Bhagwat aus Indien. Deutschland war mit Gyoergy Szell als einem der Ankläger vertreten.**

Das Urteil des Tribunals, das im März 2004 veröffentlicht wurde, richtet sich in erster Linie gegen die Regierung der USA wegen Verletzung internationalen Rechts durch einen Angriffskrieg gegen Afghanistan, Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverbrechen am afghanischen Volk und gegenüber Kriegsgefangenen, aber ebenfalls gegen die Regierungen, die an diesem Krieg und den damit verbundenen Verbrechen beteiligt sind.

Das Urteil des Tribunals gründet auf Internationalem Recht, das sowohl auf Völkerrechtsverträgen, wie auf „Völkergewohnheitsrecht“ basiert, d.h. auf internationalen Konventionen, die seit über hundert Jahren gelten - wie z.B. die Haager Kriegskonvention von 1899 und die Genfer Konventionen. Sie gelten für alle Staaten, auch diejenigen, die sie nicht unterzeichnet haben - im Gegensatz zu Völkerrechtsverträgen, an die sich nur die Unterzeichnerstaaten halten müssen.

Das Tribunal kritisiert auch, dass es bei den Kriegen gegen Afghanistan und Irak weniger um Terrorismusbekämpfung als vielmehr um den Zugang zu Ressourcen, vor allem Öl ging und beruft sich auf bekannte Dokumente,

darunter Strategiepapiere des ‚Project for the New American Century‘ (Projekt für ein Neues Amerikanisches Jahrhundert), dem u. a. Dick Cheney und Donald Rumsfeld angehören. Angeklagt sind daher auch Konzerne wie Unocal und Centgas, die aufgrund ihrer Öl-Interessen einen starken Einfluss ausgeübt haben, der zu den Kriegen geführt hat.

Da die USA bis heute abstreiten, dass DU (Depleted Uranium = abgereichertes Uran) und Uranwaffen zu den international verbotenen Waffen gehören, gehen wir hier besonders darauf ein, wie das Tribunal dies beurteilt und um es vorwegzunehmen: Es definiert sie als Massenvernichtungswaffen, aufgrund ihrer verheerenden Auswirkungen für die Zivilbevölkerung und die benachbarten Länder der Region weit über die Kriegsgebiete hinaus.

Die USA verteidigen sich damit, dass es keine spezielle Konvention gibt, die den Einsatz von Uranmunition und Uranwaffen verbieten. Dem hält das Tribunal entgegen, dass es für das Verhalten in Kriegen im internationalen Völker- und Menschenrecht ausreichende und eindeutige Prinzipien gibt, die solche Waffen verbieten. Es bezieht sich u. a. auf die Unterkommission der UN Menschenrechtskommission, die festgestellt hat, dass ausreichende und eindeutige Prinzipien im internationalen Völker- und Menschenrecht existieren, die den Einsatz von Waffen nach bestimmten Kriterien verbieten (s. UN Dokument E/CN.4/Sub.2/2002/38 vom 27. Juni 2002)

*Bildmitte: Loren Moret, hinter ihr Dr. Doug Rokke auf der Hamburger Uranwaffenkonferenz Okt.2003*



## Waffen gelten als geächtet wenn:

*- ihre Auswirkungen nicht zwischen der Zivilbevölkerung und kämpfenden Truppen unterscheiden (d.h. wenn die Zivilbevölkerung nicht davor zu schützen ist)*

*- ihr Einsatz angesichts des militärisch verfolgten Ziels unverhältnismäßig ist*

*- ihr Einsatz die Umwelt großflächig und nachhaltig zerstört;*

*- ihr Einsatz unnötige Verletzungen und Leiden verursacht*

Angesichts dieser Kriterien sind u. a. Clusterbomben, sowie Munition und Waffen mit abgereichertem Uran die in Afghanistan eingesetzt wurden, illegal und ihr Einsatz als Kriegsverbrechen einzustufen.

Es sind vor allem drei Zeugen, auf deren wissenschaftlichen Expertisen und Untersuchungsergebnissen das Urteil des Tribunals basiert, dass der Einsatz von Uranwaffen Völkermord gleichkommt: Leuren Moret, Präsidentin der Wissenschaftler für Indigene Völker, Berkely, Professor Katsuma Yagasaki von der Ryukyus Universität in Okinawa und Major Doug Rokke, ehemaliger Direktor des DU Waffen Projekts der US-Armee, der von 1994- 1995 für die Beseitigung von DU im Irak verantwortlich war und selbst an den Folgen von DU erkrankt ist. Außerdem beruft sich das Tribunal auf Dokumente und Statistiken, die auf der Internationalen Uranwaffenkonferenz in Hamburg (Oktober 2003) präsentiert wurden, sowie auf Dokumente des US-Militärs bzw. des Pentagon.

Daraus geht z.B. hervor, dass die USA bereits durch das ab 1943 durchgeführte Manhattan Project die Auswirkungen von Uran kannten. Diese Kenntnisse wurden aufgrund der durchgeführten Waffentests und zahlreicher Untersuchungen konkretisiert. In neuer Zeit hat Dr. Rokke die gesundheitlichen Auswirkungen von DU anhand seiner Aufräumarbeiten im Irak in einen Bericht für das Militär deutlich gemacht. Zudem hatte er ein Team von Militärs aus mehreren Ländern, darunter aus Deutschland, geleitet, um die Risiken der Uranwaffen zu untersuchen. Die Ergebnisse wurden ignoriert, insbesondere von den USA und der NATO und unter Verschluss gehalten. In diesem Zusammenhang wurden auch Berichte der WHO (Weltgesundheitsorganisation) kritisiert, da die USA sich darauf berufen, dass die WHO keine alarmierenden Folgen von DU festgestellt hat. Inzwischen ist Kritik von beteiligten Wissenschaftlern der WHO selbst bekannt geworden, u. a. berichtet Dr. Keith Baverstock, dass die WHO einen Bericht aus dem Jahr 2001, an dem er mitgearbeitet hat, als „geheim“ klassifiziert wurde.

DU setzt beim Auftreffen radioaktive Partikel frei, die unmittelbar eingeatmet, später aber auch über die Nahrung aufgenommen werden. Vom Wind werden sie über weite Entfernungen getragen und verseuchen auch Regionen, die fernab vom eigentlichen Kriegsgebiet liegen – in einem Radius von rund 1000 Meilen. Als

erstes trifft es die direkten Nachbarländer, mittlerweile jedoch eine wachsende Anzahl von Ländern bis hin nach Indien und China. Bei einer Halbwertszeit von 4,5 Mrd. Jahren werden die betroffenen Gebiete ständig anwachsen, allein aufgrund der großen Mengen an Uran-Munition und –Waffen, die in Afghanistan und im Irak eingesetzt wurden. In unabhängigen Untersuchungen u. a. von Marc Herold und Dai Williams, die dem Tribunal vorlagen, wird geschätzt, dass mindestens 500 – 600 Tonnen an Uran allein in Afghanistan zum Einsatz kamen, während Dr. Mohammed Daud Miraki aus Afghanistan von mindestens 1 000 Tonnen ausgeht. Das dadurch verursachte Leiden der Bevölkerung, das sich aufgrund der genetischen Veränderungen in den kommenden Generationen fortsetzt, nennt das Uranium Medical Research Center „silent genocide - stiller Völkermord“

Obwohl das sog. „Golfkriegssyndrom“, an dem ein Drittel der 697 000 am 1. Golfkrieg beteiligten Soldaten erkrankt sind, in der Öffentlichkeit längst bekannt ist, wird der Zusammenhang mit DU von interessierter Seite geleugnet. Doch mittlerweile gibt es konkrete Untersuchungen, mit denen DU im Urin der Betroffenen nachgewiesen wurde. Die Folgen für die Bevölkerung, die in diesen Gebieten lebt, gehen weit über das hinaus, was wir vom Golfkriegssyndrom gehört haben, da die DU- Partikel dort auch in der Nahrungskette und im Trinkwasser enthalten sind.

Nach ausführlichen Darstellungen der begangenen Kriegsverbrechen in Afghanistan im Lichte des Völkerrechts kommt das Tribunal zu dem Schluss, dass es sich bei dem Hauptangeklagten, Präsident George W. Bush in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte um einen Kriegsverbrecher handelt, sodass die Bevölkerung, Soldaten und Beamte der USA berechtigt sind, ihm den Gehorsam und die Zusammenarbeit zu verweigern, entsprechend den Nürnberger Gesetzen, dass illegale Befehle nicht befolgt werden müssen.

### **Das Tribunal spricht u. a. die folgenden „Empfehlungen“ aus:**

**- den Einsatz von Uran- und DU- Waffen sofort zu beenden,**

**- ein Moratorium für ihre Produktion und Lagerung**

**- Die Zahlung von Reparationen an das afghanische Volk für die an ihm begangenen Kriegsverbrechen**

**- Auflösung der Firmen Unocal und Centgas aufgrund ihrer massiven Hinwirkung für die Kriege gegen Afghanistan und Irak**

**- Gesetze zur staatlichen bzw. unabhängigen öffentlichen Kontrolle der Waffenindustrie und Unternehmen, die dem militärisch-industriellen Komplex angehören**

Übersetzt und zusammengefasst von Renate Domnick aus dem Urteil ●

## Auf nach London!

**Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg:**

**Eine andere Welt ist möglich!**

**Ein anderes Europa ist nötig!**

Das nächste Europäische Sozialforum findet vom 14.- 17. Oktober 2004 in London statt. Unter der Losung „Eine andere Welt ist möglich! Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg!“ soll ein offener Raum entstehen, in dem Menschen mit ganz unterschiedlichen Ansätzen, Hintergründen, Erwartungen und Erfahrungen gemeinsam diskutieren, streiten, nach Lösungen suchen und Aktionen verabreden.

Großbritannien ist das Musterland des Neoliberalismus in Europa und das Land, dessen Regierung sich ohne Einschränkungen am Krieg der US-Regierung gegen den Irak beteiligt. Wir wissen: alle Regierungen in Europa treiben eine Politik der Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und die Militarisierung der eigenen und europäischen Außenpolitik voran. Hier in Deutschland ist es die rot-grüne Regierung, die mit der Agenda 2010, der Duldung der Besetzung des Iraks und der Umwandlung der Bundeswehr in eine weltweit einsetzbare Interventionsarmee politische Zeichen für eine solche Politik setzt.

Zunehmend wehren sich Menschen in allen Ländern Europas gegen eine Politik im Interesse der großen Profite. Wir wollen mit möglichst vielen Menschen nach London fahren, um unsere Erfahrungen im Kampf gegen Sozialabbau, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten, Krieg, Armut, gegen die Verschuldung der armen Länder, gegen Rassismus, Demokratieabbau und Umweltzerstörung auszutauschen. Wir werden die Chance nutzen, mit Aktiven aus den globalisierungskritischen Bewegungen Europas zusammenzukommen und Netzwerke zur Ausweitung der Gegenwehr zu schaffen und so auch die sozialen Bewegungen in Deutschland zu stärken.

Weitere Informationen: Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V. in Frankfurt/Main (c/o Gewerkschaftshaus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69 – 77, 60329 Frankfurt am Main, Tel. 069 – 24 24 99 50, Fax 069 – 24 24 99 51) e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@t-online.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@t-online.de) und im Internet über [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org) und [www.dsfgsf.org](http://www.dsfgsf.org). mk●

## Juristisches zu Aktionen der GAAA und der EUCOMunity

Abgesehen von den Gerichtsverhandlungen am 3. März in Cochem und am 4. März in Stuttgart, über die nebenstehend Ausführlicheres zu lesen ist, hat sich seit meinem Bericht in der FreiRaum-Ausgabe Nr. 4/2003 (auf Seite 14) folgendes ereignet:

### Einstellungen

Ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten hat die Staatsanwaltschaft Koblenz gegen Hermann Theisen eingeleitet, weil er am 20.3.2004 in Büchel Handzettel mit einem Aufruf zur Befehlsverweigerung an Soldaten verteilt hat. Wegen der Straßenblockade vor dem EUCOM am 8.12.2002 sind offenbar alle Nötigungs- und Bußgeldverfahren eingestellt worden; außerdem scheinen alle Widersprüche gegen Polizeieinsatzkosten-Bescheide erfolgreich gewesen zu sein.

### Geldstrafen

Wegen des Go-in am EUCOM vom 24.4.2000 sind im Amtsgericht Stuttgart inzwischen auch Irene Breiter, Stefan Hartmann und Stefan Mathijssen zu Geldstrafen von 10 und 15 Tagessätzen verurteilt worden. Die Verurteilung von Wolfgang Schlupp-Hauck zu 10 Tagessätzen à 30 Euro ist rechtskräftig geworden, weil das Landgericht die von Wolfgang eingelegte Berufung nicht angenommen hat. Somit sind vier Jahre nach dem Go-In nun alle elf Geldstrafen, die wegen der Aktion verhängt wurden, rechtskräftig geworden. Da Wolfgang die Strafe nicht ersatzweise absitzen oder abarbeiten kann, sucht er derzeit 60 SympathisantInnen, die jeweils 5 Euro seine AmtsrichterIn schicken. Soll die doch das Geld zur Gerichtskasse bringen... Er spendet den Betrag an den Trägerkreis Atomwaffen abschaffen.

### Kein Bewährungswiderruf

Unsere Erwartung, dass Erika Drees wegen eines Bewährungswiderrufs noch einmal für 16 Tage in den Knast muss - nachdem sie im Sommer 2003 bereits sechs Wochen inhaftiert war -, ist nicht eingetreten: Den Antrag auf Widerruf der Bewährung bezüglich Erikas Strafe wegen der Büchel-Aktion vom 7.8.1999 hat die Staatsanwaltschaft Koblenz zwar gestellt - mit der Begründung, dass Erika sich, ja beim Büchel-Go-In am 7.4.2002 erneut strafbar gemacht habe -, jedoch hat die StA den Antrag schließlich zurückgezogen.

Bitte schickt weiterhin alle Informationen zu den rechtlichen Folgen unserer Aktionen an Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar

# GAAA - Aktivisten vor Gericht

**Ein Aufruf zu „zivilen Inspektionen“ gegen Atomwaffen und eine geglückte Inspektion wurden im März von den Strafgerichten in Cochem und Stuttgart verhandelt. In beiden Verhandlungen erkannten die Richter, die vorgetragenen völkerrechtlichen Rechtfertigungsgründe nicht an.**

Zunächst saßen in Cochem fünf selbst ernannte „ehrenamtliche InspekteurInnen des Internationalen Gerichtshofes (IGH)“ auf der Anklagebank: Julia Bäuerlein, Sabine Teubert, Hermann Theisen, Johannes Plotzki und Wolf-Dieter Wiebach. Sie hatten am 23. Mai 2003 den sechsten Versuch der GAAA unternommen, die auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel stationierten US-Atombomben ausfindig zu machen. Sie hatten den Zaun des Militärflughafens aufgeschnitten und sich im Innern des Geländes auf die Suche nach den Massenvernichtungswaffen gemacht, bis sie gestellt und festgenommen wurden. (Siehe FreiRaum 3/2003) Der Verfasser des Artikels war der sechste Aktionsteilnehmer und er war bereits durch Strafbefehl zu 20 Tagessätzen verurteilt. Vor Gericht erklärten sie nun, warum sie sich zu dieser Aktion berechtigt fühlten und noch immer fühlen: Der IGH hat 1996 die generelle Völkerrechtswidrigkeit von Atomwaffen festgestellt. Sie wollten nun selbst überprüfen, ob und inwieweit in Büchel gegen das Völkerrecht verstoßen wird, da die Bundesregierung die dortige Existenz von Atomwaffen weder bestätigt noch dementiert.

### Verurteilt wie bisher

Das Amtsgericht Cochem erkannte keine Rechtfertigungsgründe an, sondern verurteilte - wie bei den bisherigen Prozessen - alle fünf Angeklagten wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch zu Geldstrafen in Höhe von jeweils 20 Tagessätzen. Bei einer Mahnwache vor dem Amtsgericht wurde ein Brief der US-Pflugcharaktivistin Helen Wood-

son verlesen, deren 18-jährige Haftstrafe wegen einer gewaltfreien Abrüstungsaktion demnächst endet, die jedoch Gefahr läuft, anschließend in Sicherungsverwahrung genommen zu werden, weil sie nicht ausschließt, eine ähnliche Aktion noch einmal zu unternehmen.

### Mild verurteilt - beschlagnahmter Computer zurück

Am folgenden Tag war unser Koordinator der GAAA Roland Blach im Landgericht Stuttgart angeklagt wegen Aufrufs zur „Inspektion“ in Büchel am 30. September 2001. Er hatte gegen seine erstinstanzliche Verurteilung zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen Berufung eingelegt. Wegen Verbreitung desselben Aktionsaufrufes hatten sich 22 andere GAAA-Aktive selbst angezeigt, jedoch waren ihre Verfahren alle eingestellt worden. Die jetzige Verhandlung fand erst 2 ½ Jahre nach der „Tat“ statt, weil das Landgericht abgewartet hatte, bis das Bundesverfassungsgericht drei Verfassungsbeschwerden von in früheren Jahren verurteilten Büchel-„InspekteurInnen“ abgewiesen hatte.

Die Strafkammer lehnte zwar alle Beweisanträge der Verteidigung zu Atomwaffen, nuklearer Teilhabe der BRD, NATO-Ersteinsatzoption und völkerrechtlicher Bewertung ab, wandelte aber schließlich die 90-Tagessätze-Verurteilung in eine „Verwarnung mit Strafvorbehalt“ um: Roland Blach soll eine 30-Tagessätze-Strafe zahlen, falls er in den nächsten zwei Jahren noch einmal straffällig wird. Außerdem wird ihm demnächst das im September 2001 beschlagnahmte „Tatwerkzeug“, sein Computer, wieder ausgehändigt.

Wegen Aktionen Zivilen Ungehorsams in Büchel sind nun 37 Aktive der GAAA verurteilt worden, einige von ihnen mehrmals. Bisher 8 mal sind „InspekteurInnen“ im Gefängnis gewesen, um durch „Mahnwachen hinter Gittern“ dem Protest gegen die Atomwaffenpolitik zusätzlich Nachdruck zu verleihen.

Martin Otto ●



# Zerreißprobe Geschichte

**Einseitigkeit zu vermeiden, das ist das Ziel der Ausstellungsmacher für die Sonderausstellung „Zerreißprobe Frieden – Baden-Württemberg und der NATO-Doppelbeschluss“.**

Die Eröffnung im Haus der Geschichte Baden-Württembergs in Stuttgart wurde zu einem großen Wiedersehen. Vereint saßen Soldaten, Polizisten, Richter und Demonstranten im Publikum. Doch der einzige eingeladene Festredner riss alte Gräben wieder auf, und die Friedensbewegung blieb marginalisiert. Ein gezackter Riss führt durch den Ausstellungsraum der Sonderausstellung des Haus der Geschichte Baden-Württembergs: Die Zerreißprobe zwischen Befürwortern und Gegnern des NATO-Doppelbeschlusses. Auf der einen Seite: Bilder hndeschttelnder Politiker, ein US-amerikanischer Militrwagen, eine SS20-Attrappe, die von der Jungen Union zu Gegendemonstrationen verwendet wurde. Orden und Uniformen. Auf der anderen Seite: Bilder von Demonstrationen, Blockaden und Go-Ins, Transparente, der Pflug der Pflugschargruppe, Aktionshandbcher, Plakate von Klaus Staeck. Der Overall, den Petra Kelly bei der ersten Promi-Blockade getragen hat. Filmausschnitte geben weitere Einblicke, und der Schlussbereich dokumentiert die Abrüstung der Atomraketen und die neuen Konflikte seit dem Ende des Kalten Krieges.

## Ausgeglichenheit?

Die inhaltliche Ausgeglichenheit ist nicht immer geglückt. So der Beginn der Ausstellung: Ein Erdball verfärbt sich rot. Ausgangspunkt ist das Bedrohungsszenario, das die Befrworther der Pershing-Stationierung immer wieder vorbrachten: der Expansionsdrang des Kommunismus als Bedrohung des (nicht minder expansionsfreudigen!) freiheitlich-demokratischen Westens – nicht die Gefährdung der gesamten Menschheit durch die Atomwaffen.

Wenn man zwischen den beiden Seiten des Ris-ses hin- und herwandert, sieht man eindrücklich die unterschiedlichen Anschauungen, Handlungsweisen und Machtsphren beider Seiten.

Allerdings betont die Ausstellung, dass für beide Seiten im Vordergrund stand, sich selbst möglichst effektiv für die Medien zu inszenieren. Tiefere Intentionen und Ansätze der Friedensbewegung bleiben unerwähnt, so die Entwicklung von sozialen Verteidigungsmechanismen.



*We shall over come: Lotte Rodi und Klaus Vack, Foto: wsh*

## „Kennst Du das Land, wo die Museen steh'n?“

Bei der Vernissage am 22. April stellten die Veranstalter die alte Rollenverteilung von damals wieder her, indem sie einseitig nur einen Befrworther des NATO-Doppelbeschlusses als externen Festredner zu Wort kommen ließen. So stand die Geschichtsinterpretation von Prof. Dr. Frankenberg, Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg, ohne Gegenbild im Raum: „Die Politik der NATO hat im Endeffekt die Abrüstung ermöglicht – und zwar auf beiden Seiten des damaligen Eisernen Vorhangs. Mehr noch: Sie hat dazu beigetragen, dass dieser Eiserner Vorhang selbst verschwunden ist.“ Den Besuchern aus der Friedensbewegung blieb einmal mehr lediglich die Rolle der „Störenfriede“, um aktiv am öffentlichen Raum teilzuhaben: Am Ende der Veranstaltung stimmten Lotte Rodi und Klaus Vack „We shall overcome“ an, und der Stuttgarter Kabarettist Peter Grohmann verteilte ein Flugblatt mit einem verfremdeten Kstner-Gedicht, in dem es heißt:

**„Erst wenn was tot ist, ist es wirklich toll.  
Seid uns willkommen, stumme Zeugen, schaut – und schweigt  
Und staunt, wie der Herr Minister endlich Eure Zeit Euch zeigt.“**

Zum Glück haben die Zeitzeugen der Friedensbewegung schon 20 Jahre Übung im Nicht-Schweigen!

JK ●

## Museumsreif und doch lebendig

Gut, dass unser Projekt „Lebendiges Museums“ in der Pressehütte gestartet ist.

Wir wollen die Besucher zum Nachdenken anregen, was ‚gewaltfreies Handeln‘ damals und heute bedeuten kann. Workshop-Konzepte für Jugendliche und Erwachsene gehören deshalb zu unserem Angebot. Tafeln, die im Garten aufgestellt werden, sollen erste Informationen über die Geschichte der Pressehütte geben: die Bedrohung durch die Atomraketen und den gewaltfreien Widerstand.

Wir laden ein, die Ausstellung im Haus der Geschichte in Stuttgart und die Pressehütte zu nutzen für eine kritische Auseinandersetzung mit den Fragen nach der Sicherung und Gestaltung des Friedens. Wir freuen uns auf rege Diskussionen!

Für Gruppen bieten wir in Stuttgart und Mutlangen Zeitzeugenfhrungen an.

Die Ausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württembergs ist bis 3. Oktober geöffnet.

Beachten Sie die Beilage und rufen Sie uns an: 07171 75661. JK ●



*Die Friedenswerkstatt lädt ein zum Workshop in der Pressehütte und zur Zeitzeugenfhrung im Haus der Geschichte, wie hier am 16. März zum internationalen Tag der Museen.*

## Internationales Workcamp – Spender gesucht

Für das diesjährige internationale Workcamp suchen wir dringend noch Spender! Mit den teilnehmenden jungen Erwachsenen wollen wir dieses Jahr einen „Friedensgarten“ anlegen, der gleichzeitig als Teil unseres gerade entstehenden „lebendigen Museums“ dienen soll. Für Pflanzgut, Arbeitsbetreuung, Referenten und Verpflegung haben wir durch Kürzungen der Zuschüsse noch zu wenig Geld. Wir freuen uns daher über Spenden!

Friedenswerkstatt Mutlangen e.V., Stichwort „Workcamp“, Kreissparkasse Ostalb, Konto: 800 268 499, BLZ: 614 500 50 JK ●

## Impressum

FreiRaum.  
Für eine Welt ohne Atomwaffen.  
Für die friedliche Nutzung des  
Weltraums.

Erscheint vierteljährlich  
mit Informationen aus

- der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen zu Atomwaffen und Uranwaffen
- dem Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space
- der Pressehütte Mutlangen zu Weltraumwaffen

Auflage: 2000

Herausgeber:  
Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 07171 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

**Neu ab 1.3.**  
Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen GAAA  
Hausmannstrasse 6  
70188 Stuttgart  
Tel. 0 711 21 55 112  
Fax 0711 21 55 214

Internationales  
Marion Küpker  
Bürozeiten:  
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr  
Tel. 040 430 73 32

Einzelheft: Euro 2.00 plus Porto  
Jahresabonnemement:  
Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag  
enthalten.

Bankverbindung:  
nur für Abo-Gebühren:  
Friedens- und Begegnungsstätte –  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb  
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499  
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:  
Roland Blach (rob)  
Tel. 0711 21 55 112  
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de  
Marion Küpker (mk)  
Tel. 040 4 30 73 32  
e-Mail: marion@motherearth.org  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),  
V.i.S.d.P  
Tel. 07171 18 20 57  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db, mk  
Druck: GUS-Druck GmbH  
70180 Stuttgart,  
Tel. 0711-600345

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.  
Forststr. 3, 73557 Mutlangen  
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

## Termine:

### 30. Juni

Marburg: Veranstaltung mit Dave Kraft, NEIS, USA und Marion Küpker, GAAA zu dem Thema Uranwaffen, Ausstellung: Uran oder das Recht auf Leben, Beginn 19.30, Infozentrum Eine Welt, Markt 7.

### 20. Juli & 15. September

Stuttgart/Mutlangen: Exkursion nach Mutlangen und Schwäbisch Gmünd mit u.a Zeitzeugen Gespräch über die Protest gegen die NATO-Nachrüstung im „heißen Herbst“ 1983, Treffpunkt: 12.30 Uhr, Kosten: 15/7 EUR, Anmeldung: 0711/212-3989, Kontakt: Haus der Geschichte Baden Württemberg, Konrad-Adenauer-Str. 16, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/2123950, [info@hdgbw.de](mailto:info@hdgbw.de), [www.hdgbw.de](http://www.hdgbw.de)

### 6. - 9. August

Genf: (geplant) Fastentreffen gegen nukleare Aufrüstung während der dort stattfindenden Abrüstungskonferenz, Infos: Michel Monod, 56 av. du Lignon, CH-1219 Le Lignon, [mmonod@genevalink.ch](mailto:mmonod@genevalink.ch)  
Kontakt: International Peace Bureau (IPB), 41, rue de Zürich, CH- 1201 Geneva, Tel.: 0041/22/7316429, Fax: 0041/22/7389419, [mailbox@ipb.org](mailto:mailbox@ipb.org), [www.ipb.org](http://www.ipb.org)

### 7. August

Den Haag (NL): Mahnwache zum Andenken an die Opfer der Atomwaffenabwürfe auf Hiroshima/Nagasaki, 13-14 Uhr, Binnenhof, VA: Friedensmahnwache der Franciscaner. Kontakt: Franciscanse Vredeswacht Secretariaat, Peter Stoffers und Marian Meijering, Zalkerbos 26, NL-2133 HD Hoofddorp, Tel.: +31/23/5658469x, [vredeswacht@hetnet.nl](mailto:vredeswacht@hetnet.nl), [www.franciscansevredeswacht.nu](http://www.franciscansevredeswacht.nu)

### 7. August

Köln: (geplant) Eröffnung des Hirohima-Nagasaki-Parks in Köln , 18 Uhr, c/o Kölner Friedens-

bildungswerk, Am Ringenpfehl 31, 50676 Köln, [koelner-friedensforum@web.de](mailto:koelner-friedensforum@web.de), [www.is-koeln.de/friedensforum](http://www.is-koeln.de/friedensforum)

### 7. August

Köln: (geplant) Ausstellung „Die Atombombe und der Mensch“, Museum für Ostasiatische Kunst, Universitätsstr. 100, Kontakt: Kölner Friedensforum c/o Kölner Friedensbildungswerk, Am Ringenpfehl 31, 50676 Köln, [koelner-friedensforum@web.de](mailto:koelner-friedensforum@web.de), [www.is-koeln.de/friedensforum](http://www.is-koeln.de/friedensforum)

### 3.- 4. September

Hannover: Friedenspolitischer Kongress „Wirtschaft Brutal- Krieg Global“ mit einem Workshop zu „Neue Atomwaffen“, c/o Kulturzentrum, Pavillon, Lister Meile 4, 30161 Hannover, weitere Infos: Gerd Kurbjuhn, Tel. 0511/168-44566, [www.friedenskongress-hannover.de](http://www.friedenskongress-hannover.de)

### 5. September

Büchel: Umrundung des Bundeswehr-Fliegerhorstes Büchel (zugleich Atomwaffenstandort)

### 1. - 3. Oktober

Stuttgart: Jahrestagung des Trägerkreis „Atomwaffenabschaffen - Bei uns anfangen“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Kontakt: Trägerkreis „Atomwaffenabschaffen - Bei uns anfangen“ c/o IPPNW, Xanthe Hall, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/698074-0, Fax: 030/6938166 E-Mail: [traegerkreis@gmx.de](mailto:traegerkreis@gmx.de), [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

### 4.- 14. Oktober

London: Richard Davids Verfahren vor dem Obersten Gericht in GB zu seiner Aussetzung von „depleted uranium“ an seinem Arbeitsplatz, mehr Infos bei Marion Küpker Tel. 040-4307332

### 14.- 7. Oktober

London: Europäisches Sozialforum, weitere Informationen: Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Tel. 069-24249950, [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org) und [www.dsf-gsf.org](http://www.dsf-gsf.org)

## Wir brauchen Ihre Mitarbeit und Unterstützung

### Spenden

Das FreiRaum Konto geht wieder auf Null zu. Um die Herausgabe der nächsten Ausgaben des FreiRaums zu sichern, bitten wir wieder um Ihre großzügige Spende. Verwenden Sie den beiliegenden Überweisungsträger. Die Spendenquittung geht Ihnen unaufgefordert zum Jahreswechsel zu.

### Höhere Auflage

Wir wünschen uns eine Steigerung unserer Auflagenhöhe, damit unsere Informationen für eine Welt ohne Atomwaffen und die friedliche Nutzung des Weltraums weiter verbreitet werden. Bestellen Sie doch einen Zehnerpack für 10 Euro + Spende und werben Sie damit neue FreiRaum Abonnenten!

### Kampagnenmitarbeit

Unterstützen Sie die Kampagne „Auf keinem Auge blind - Atomwaffenfrei bis 2020“ des Trägerkreises Atomwaffen Abschaffen. Melden Sie sich bei uns, wenn Sie Ihren Bundestagsabgeordneten ansprechen wollen, wir stellen Ihnen weitere Informationsmaterialien zur Verfügung.

Laden Sie ihren Bürgermeister ein, bei den „Bürgermeistern für den Frieden“ aktiv zu werden. Bestellen Sie einen Brief aus Hiroshima und ein „Starterpaket“ für den symbolischen Schutzwall für das Völkerrecht und setzen Sie die Aktion Völkerrecht mit einem Teilstück in ihrer Gemeinde fort.